

Redaktion und Verlag:  
Karlsbad, Haus „Graphia“  
Fernsprecher Nr. 1081.

Herausgeber: Ernst Sattler,  
Karlsbad. Verantwortlicher  
Redakteur: Wenzel Horn,  
Karlsbad.

Druck: „Graphia“, Karlsbad.

# Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Bezugspreis für die CSR.:  
Einzel-Nummer . . . K 1.40  
Monatlich . . . „ 6.—  
Vierteljährlich . . . „ 18.—  
Bezugspreis für das Ausland  
Einzel-Nummer . . . K 2.—  
Monatlich . . . „ 8.—  
Vierteljährlich . . . „ 24.—

## Zu uns, wer kämpfen will! Stillhalten ist Vernichtung!

Die Nationalsozialistische Partei hat sich durch einen Gewaltstreich des Deutschen Reiches bemächtigt und ist jetzt ganz folgerichtig bestrebt, alle Organisationen zu vernichten, die ihrer Alleinherrschaft gefährlich werden könnten. Dabei macht sie zwischen den verschiedenen Parteien nur taktische, keine prinzipiellen Unterschiede. Sie betrachtet die Vernichtung der Deutschnationalen genau ebenso als ihre Aufgabe, wie die der Kommunisten.

Jahrelang hatte sie die Kommunisten für ihre Zwecke eingespannt. Die Kommunisten halfen ihr im Kampf gegen alle Regierungen, die von den Sozialdemokraten unterstützt wurden, und holten ihr durch immer neue Amnestien immer wieder ihre Anhänger aus den Gefängnissen heraus. Sie halfen der Nationalsozialistischen Partei die Demokratie und alle freiherrlichen Errungenschaften der Arbeiterklasse herunterzureißen und das parlamentarische System zu unterminieren.

Ohne Hilfe der KPD. kein Sieg der NSDAP. Aber kaum hatte diese ihr Ziel erreicht, da führte sie schon den zerschmetternden Schlag gegen den Kommunismus.

Mit den Deutschnationalen hatten sich die Nazis koalitiert. Allerdings hatten sie schon in Harzburg erklärt, daß sie das nur tun wollten, um diese Partner so rasch wie möglich wieder herauszusetzen. Sie haben sich dann der „leicht angepöbelten“ Exzellenzen bemächtigt, um mit ihnen eine Regierung zu bilden, da nur auf diese Weise der Schein einer parlamentarischen Mehrheit geschaffen und Hindenburg zur Ernennung Hitlers verleitet werden konnte. Nachdem dies geschehen war, eröffneten sie sehr rasch den Kampf gegen alles, was Deutschnational, Schwarzweißrot oder Stahlhelm heißt. Jetzt kommt täglich neue Kunde von Verhaftungen, Verboten usw., die sich gegen die Gruppe Hugenberg richten. Wie lange noch, und es wird nichts mehr von ihr übrig sein.

Hoch klingt das Lied von der deutschen Treue!

Das Zentrum hat sich, nach tapferen Versuchen einiger seiner Journalisten, die Unabhängigkeit der Partei aufrechtzuerhalten, widerstandslos gleichschalten lassen. Es hat das Ermächtigungsgesetz angenommen und damit sehenden Auges mitgeholfen, Deutschland des Charakters eines Rechtsstaates zu entkleiden. Es war am 17. Mai beeifert, dem neuesten Friedensapostel Hitler seine stumme Ergebenheit vor die Füße zu legen. Dadurch hat es aber nichts daran ändern können, daß ihm Herr Kube seine Vernichtung ankündigt. Zahlreiche Zentrumsführer sind unter entehrendem Verdacht verhaftet worden, und die Zentrumspresse, die längst den letzten Rest von Unabhängigkeit verloren hat, wird planmäßig den Händen der Partei entwunden.

Alle will der Nationalsozialismus vernichten: die Kommunisten, die Deutschnationalen, das Zentrum. Ist die Illusion überhaupt möglich, er könnte für die Sozialdemokratie eine Ausnahme machen?

Die Sozialdemokratie, jahrzehntlang und bis vor kurzem noch stärkste Partei Deutschlands, blieb auch nach dem schwindelhaften Aufstieg der NSDAP die zweitstärkste. Als eine Arbeiterpartei nach Her-

kunft und Wesen mit starkem Anhang in Angestellten- und Beamtenkreisen ist sie wie keine andere geeignet, das Sammelbecken aller Unzufriedenheit zu werden. Der Nationalsozialismus müßte sich selbst untreu werden, wenn er gutwillig gerade diejenige Partei bestehen lassen wollte, in der er seine gefährlichste Gegnerin erkennen muß.

Tatsächlich hat die Hitlerregierung nie auch nur einen Augenblick daran gedacht, die Sozialdemokratie zu schonen. Schon in der Nacht des Staatsstreichs hat sie den vernichtenden Schlag gegen die Parteipresse geführt mit der läugerischen Begründung, ein Geständnis des Brandstifters beweise die Mitschuld der Partei am Reichstagsbrand. Haufenweise wurden die Funktionäre der Partei in Gefängnisse und Konzentrationslager verschleppt und manche von ihnen ermordet. Die Beschlagnahme des Parteivermögens und aller Einrichtungen der Arbeiterbewegung krönte das Werk.

Auch das unglückliche Verhalten der Reichstagsfraktion am 17. Mai hat weder zur Freilassung der gefangenen Sozialdemokraten noch zur Zurückgabe des gestohlenen Arbeitervermögens geführt. Jetzt ist eine kurze Atempause wieder abgelöst worden durch eine neue Periode der Verfolgungen, für die man das Erscheinen dieses Blattes und das politische Auftreten der Männer, die hinter ihm stehen, zum Vorwand genommen hat. Freilich, daß diese Verfolgungen ausgeblieben wären, wenn es keinen „Neuen Vorwärts“ gäbe, das kann nur ein Kind glauben.

Monatelang hat für alle im Ausland weilenden Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei der Grundsatz gegolten, daß im Ausland nichts getan werden dürfe, was den Genossen im Inland schaden könnte. Allgemein wurde Disziplin gehalten. Bis zum 17. Mai hat kein bekannter Sozialdemokrat im Ausland seine Meinung über die deutschen Zustände öffentlich geäußert. Wenn dann schließlich ein Wandel eingetreten ist, so eben deshalb, weil immer klarer die Erkenntnis durchbrach, daß Stillhalten nicht hilft!

Stillhalten hilft nicht! Es hilft nicht den Genossen im Inland, mit denen wir durch die Erinnerung an gemeinsam geführte Kämpfe untrennbar verbunden sind. Es hilft auch nicht der Organisation, deren Erhaltung uns genau ebenso am Herzen liegt wie irgend einem anderen Genossen. Der Wille zum Stillhalten ist eine natürliche Reaktion auf die fürchterliche seelische Folter, der jeder in Deutschland lebende Sozialdemokrat ausgesetzt ist, aber er ist nicht die Frucht einer politischen Ueberlegung.

Die Gruppe kämpfender Sozialdemokraten, die sich um den „Neuen Vorwärts“ sammelt, wird von dem Wunsche geleitet, den Genossen in Deutschland nicht zu schaden sondern zu helfen. Geholfen werden kann nicht durch Stillhalten, sondern nur durch Aktivität. Der gefährlichen Redensart, daß jetzt Abwarten die „revolutionärste“ Handlungsweise sei, setzen wir unsere Ueberzeugung entgegen, daß gerade jetzt für die sozialistische Arbeiterbewegung nichts verderblicher sein könnte als Nichtstun und Stillhalten. Mit dem Er-

scheinen des „Neuen Vorwärts“ ist eine Flagge aufgezogen, die auch weit nach Deutschland hinein sichtbar werden wird. Sie ruft alle zur Sammlung, die kämpfen können und kämpfen wollen für die Befreiung Deutschlands von der Despotie des Verbrechens, für ein freies Volk!

### Zuchthaus?

Deutschland ist keines.

In ausländischen Zeitungen hat man in der letzten Zeit oft gelesen, daß das Deutschland von heute ein Zuchthaus ist. Dieses Bild ist falsch. Ein Zuchthaus ist ein Organ eines Rechtsstaats, in dem jeder seine Pflichten und Rechte hat. Der Zuchthäusler weiß, warum er in das Zuchthaus gekommen ist und wann er wieder herauskommt; er weiß auch — dazu braucht er nur die Anstaltsvorschriften zu lesen — wie er sich zu verhalten hat, wenn er sich vor weiteren Unannehmlichkeiten bewahren will. Nein, wer sich an das Bild vom Zuchthaus hält, der wird sich eine ganz falsche Vorstellung machen von dem, was in Deutschland vorgeht.

Das Zuchthaus verkörpert die Macht des Gesetzes, aber das Deutschland von heute verkörpert das gerade Gegenteil davon: die Macht der Willkür. Kein Jurist kann sagen, was heute in Deutschland Recht ist, er kann das nicht, weil es desgleichen in Deutschland eben nicht gibt. Es herrscht nur das Recht des Stärkeren und der Zufall. Die einzige Regel, die klar erkennbar ist, ist die, daß gewisse Personen jedes Verbrechen begehen können — Mord, Totschlag, Menschenraub, Erpressung und Diebstahl — ohne daß sie zur Verantwortung gezogen werden können. Sie sind im Gegenteil besonders geschützt und wer ihre Taten beim richtigen Namen nennt, hat höchste Zeit, sein Testament zu machen. Fraglich ist nur, ob ihm das etwas nützt, denn vielleicht ist, ehe er unterschrieben hat, ihm seine ganze Habe durch sogenannte „Beschlagnahme“ gestohlen worden.

Es ist von deutschnationaler Seite das Wort gefallen, Hitler habe den Kommunismus abgeschafft und dafür den Spartakismus eingeführt. Auch dieses Bild reicht an die Wirklichkeit nicht heran. Im Verhältnis zum Hitlerismus war der Spartakismus geradezu harmlos. Die Spartakisten hatten z. B. seinerzeit das „Vorwärts“-Gebäude besetzt, aber es fiel ihnen doch nicht ein, die gesamte Einrichtung, — Papier, Maschinen, Schriftenmaterial usw. — auf eigene Rechnung zu verschleudern, wie das die SA im Hause der „Leipziger Volkszeitung“ gemacht hat. Spartakusführer hatten niemals von ihren Gegnern durch Androhung sonstiger Verhaftung die Ueberantwortung ihres Eigentums erpreßt, wie das manche SA-Führer getan haben. Sie haben auch nicht „Haus-suchungen“ zum Zweck der Plünderung arrangiert, wie das von SA-Führern in zahlreichen Fällen geschehen ist. Wahrscheinlich ist in den fünf Monaten seit Hitlers Ernennung zum Reichskanzler mehr gestohlen worden als in den ganzen 14 Jahren zuvor. Aber da diese Diebstähle von den Bestohlenen aus Furcht gar nicht angezeigt, geschweige denn bestraft worden sind, fehlt jede Möglichkeit einer vergleichenden Statistik. Der „Vorwärts“ hat seinerzeit einen

## Verbot schafft klare Bahn!

Während dieses Blatt gedruckt wird, kommt die Nachricht vom Verbot der Sozialdemokratischen Partei. Seit Tagen wußte man, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands und die Spannungen innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung so groß geworden sind, daß die

### gewaltsame Unterdrückung aller politischen Parteien

als Ablenkungsmanöver in Aussicht genommen war. Schon in einer Unterredung, die vor etwa drei Wochen zwischen Hitler und Brüning stattgefunden hat, hat Hitler diese Absicht angekündigt.

Mit der gewaltsamen Entierrung der am 5. und 12. März rechtmäßig gewählten sozialdemokratischen Volksvertreter aus den öffentlichen Körperschaften ist der

### letzte Schein demokratischer Legalität vernichtet

worden. Zwölf Millionen arbeitender Menschen sind im Reichstag, in den Landtagen, in den Gemeinden ohne jede Vertretung. Die Zerstörung der demokratisch-republikanischen Staatsverfassung, die Vernichtung aller Volksrechte zugunsten einer verbrecherischen Parteiherrschaft ist damit vollendet.

Von den heutigen Machthabern Deutschlands verfolgt, beschimpft und verleumdet zu werden, ist für ehrenhafte und aufrechte Menschen nur eine Ehre. Kein Verbot kann die Sozialdemokratische Partei töten, sie lebt und wird sich kräftiger regen als zuvor.

### Jetzt ist klare Bahn

für die Arbeit in neuen Formen und mit neuem Geist geschaffen. Die taktischen Differenzen zwischen Berlin und Prag sind erledigt. Unser erbitterter rücksichtsloser Kampf, der von glühender Leidenschaft für das hohe Ziel der Befreiung Deutschlands vom Joch des zur Zeit regierenden Verbrechertums erfüllt ist, stößt auf keine Hemmungen mehr. Er wird innerhalb der deutschen Grenzen ein millionenfaches Echo finden, das Ende der Verbrecherherrschaft beschleunigen und das deutsche Volk vor dem Untergang bewahren.

In diesem Sinne jetzt vorwärts auf der ganzen Linie!



scharfen Feldzug gegen Max Hölz geführt, weil dieser einen seiner Gefangenen durch einen Schlag ins Gesicht mißhandelt hatte. Der „Vorwärts“ schrieb damals, daß das Schlagen wehrloser Gefangener die größte Gemeinheit sei; er sagte, ein Mann, der zu so etwas fähig wäre, sei kein Revolutionär, sondern nur ein tollgewordener Feldweibel.

Das war wegen eines einzigen Schlags! Wieviel wehrlose Gefangene sind seitdem in Deutschland mit unzähligen Schlägen

mißhandelt, ja zu Tode geschlagen worden! Im Verhältnis zu manchem SA-Führer war Max Hölz ein tadelloser Kavaller.

Nein, man soll Deutschland nicht ein Zuchthaus nennen. Im Zuchthaus eines geordneten Staates sitzen die Verbrecher gefangen und werden dort von ehrlichen Leuten bewacht. In Deutschland sitzen die ehrlichen Leute und werden von Verbrechern festgehalten. Wenn man das heutige Deutschland ein Zuchthaus nennt, tut man dem Zuchthaus unrecht!

## Antwort an Joseph Goebbels.

Die Moral chinesischer Räuberbanden.

Auf einer Kundgebung der nationalsozialistischen Partei in Hamburg am 16. Juni hielt Goebbels gegen die Prager sozialdemokratischen Emigranten eine Brandrede, in der er die in Deutschland gebliebenen Führer der Sozialdemokratie, vor allem den Abgeordneten Loebe, für die Tätigkeit der Emigranten voll verantwortlich und als Geiseln haftbar machte.

„Der Marxismus“, erklärte er u. a., „sendet seine Giftpfeile nur noch aus dem Verborgenen; aber auch dieses Tun erfordert unsere ganze Wachsamkeit. Wir trauen nicht dem Spiel, das zur Zeit in der SPD. getrieben wird. Wir glauben noch nicht dem Abrücken von den Prager Emigranten. Eines aber sollen diese Herren wissen:

Wenn sie uns von Prag aus Schwierigkeiten machen, dann halten wir uns an die, die in Deutschland geblieben sind! Wir werden mit ihnen nach dem Sprichwort verfahren: Mitgegangen, mitgefangen, mitgehangen!

Darüber müssen die Herren vom „Vorwärts“ sich klar sein: wenn Herr Loebe mit der Miene eines falschen Biedermanns erklärt: „Ich kenne Euch nicht mehr, Ihr Brüder in Prag, Zürich und Paris!“, so können wir darauf nur antworten: „Wir können sie nicht fassen, deshalb müssen wir uns an Euch schadlos halten!“

Am Tag nach dieser Rede hatte Gen. Stampfer eine Unterredung mit dem Prager Vertreter des Amsterdamer sozialdemokratischen Blattes „Het Volk“, in der er sagte:

„Die Rede, die Goebbels in Hamburg gehalten hat, wundert keinen, der diesen Mann kennt. Der Propagandaminister des Dritten Reiches propagiert Moral und Methoden jener chinesischen Räuberbanden, die ihre Opfer ins Gebirge verschleppen, um an den Angehörigen Erpressungen zu verüben. Er wird aber damit kein Glück haben.

Wir, die wir jetzt in Prag sind, waren bis vor ganz kurzem noch in Berlin. Wir haben alle Schändlichkeiten der nationalsozialistischen Verbrecherwirtschaft aus aller nächster Nähe miterlebt. Wir haben Deutschland verlassen, nicht um uns in Sicherheit zu bringen und der Ruhe zu pflegen, sondern um den Kampf aufzunehmen. Daran wird uns kein Goebbels hindern!

Man sagt uns nun, daß wir durch unser Handeln unsere Freunde im Inland gefährden. Darauf antworten wir: Die Schuld an den furchtbaren Verbrechen, die in Deutschland in den letzten Monaten verübt worden sind, und an den neuen, die vorbereitet werden, tragen nicht wir, sondern die augenblicklichen Machthaber.

Wenn Hitler und die Seinen jetzt für das, was wir tun, Rache nehmen wollen an andern, die es nicht getan haben, so fehlt uns leider augenblicklich die Macht, sie daran zu hindern. Wir können nur erklären, daß sie sich durch ein solches Handeln außerhalb der Menschheit stellen und sich für spätere Zeiten des Rechtes begeben, als Menschen behandelt zu werden. Wollen sie also den Weg der Bestialität zu Ende gehen, so kann noch die Stunde kommen, in der sie das bitter bereuen werden.“

„Herr Goebbels“, sagte der Vertreter von „Het Volk“, „hat Sie auch beschuldigt, Sie wollten von Prag aus das Deutsche Reich in internationale Schwierigkeiten stürzen. Wie steht es mit dieser Behauptung?“ — Gen. Stampfer erwiderte:

„Ich kann nur sagen, daß das eine Behauptung eben von Goebbels ist. Herr Goebbels ist nicht dumm genug, um nicht zu wissen, wer es war, der das Reich in internationale Schwierigkeiten stürzte. Vor ein paar Monaten noch hätte es kein Mensch für möglich gehalten, was jetzt geschehen ist, daß nämlich eine deutsche Regierung es fertigbringen könnte, einen

Konflikt mit dem kleinen Deutschösterreich vom Zaun zu brechen und dabei die ganze Welt einschließlich Italiens gegen sich zu vereinigen. Vor dem mächtigen Frankreich kriecht die Hitlerregierung, dem kleinen Deutschösterreich zeigt sie die Faust.

Solange wir Einfluß auf die Außenpolitik hatten, konnte sich Deutschland aus dem Abgrund der Niederlage, in den es

## Um die Neuorientierung der deutschen Sozialdemokratie.

Aus Berlin wird der „Internationalen Information“ geschrieben:

Das Ringen um die neue sozialdemokratische Kampfform in Deutschland hat in der Führung der deutschen Sozialdemokratie zu einem überaus ernsthaften Konflikt geführt. Der Konflikt erscheint äußerlich als ein Streit um die Frage, wer die deutsche Sozialdemokratie führen soll: der Parteivorstand in Prag oder eine andere Körperschaft in Berlin. Das könnte eine reine Zweckmäßigkeitsfrage sein — aber in Wahrheit verbirgt sich dahinter der Streit um die Frage, wie und auf welcher Linie die deutsche Sozialdemokratie kämpfen soll. Es ist ein entscheidender Konflikt um das Wesen der deutschen Sozialdemokratie ausgebrochen. Die Frage: Behauptung der alten Organisation oder Herausbildung einer neuen Kampfform ist zugleich die Frage nach der grundsätzlichen politischen Linie.

Jede Möglichkeit der Beeinflussung des Staatswillens durch politische Parteien in verfassungsmäßig geregelter Form ist in Deutschland zerschlagen. Gegen die Despotie gibt es keine parlamentarische oder verfassungsmäßige Opposition, sondern nur die Revolution. Die sozialdemokratische Partei hat bisher ihre historisch gewordene Macht in der Form der legalen parlamentarischen Partei angewandt. Mit dem Sturze der Demokratie ist diese Form der Machtäußerung und der politischen Aktivität unmöglich geworden. Dem Regime ohne wirkliches Parlament und ohne Anerkennung von Staatsbürgerrechten gegenüber sich auf parlamentarische Opposition beschränken zu wollen, würde den Uebergang zu einer Systempartei bedeuten. Die neue Form der Machtäußerung der Sozialdemokratischen Partei muß deshalb revolutionär sein. Daß die Sozialdemokratie in den Scheinparlamenten nicht in der Rolle der unversöhnlichen Opposition auftreten kann, ergibt sich aus den Erfahrungen vom 17. Mai. Schon die Andeutung des Versuchs einer eigenen, nicht einmal unversöhnlichen Haltung im Reichstag hat terroristische Morddrohungen hervorgerufen. Als darnach die preußische Landtagsfraktion im Landtag eine zurückhaltende Erklärung abgab und gegen das preußische Ermächtigungsgesetz stimmte, wurde sie mit wilden Terrordrohungen überschüttet, es wurde ihr bedeutet, sie habe „zu schweigen und sich zu schämen“.

Es gibt keine Parlamente mehr in Deutschland: denn es wird nur noch solches Auftreten von Parlamentsfraktionen geduldet, das das faschistische System gestattet. Grundsätzliche Opposition und wahrhaftige Kritik sind verboten.

Deshalb muß sich die neue Kampfform den veränderten Kampfbedingungen anpassen. Sie muß die Trägerin einer unbarmherzigen, wahrhaften und enthüllenden Kritik am Wesen des Regimes und seinen Taten sein. Sie muß die offiziellen Lügen zerstören und der Wahrheit Bahn brechen. Sie muß vom sozialistischen Standpunkt aus den reaktionären Charakter des Regimes, seine Verderblichkeit für das ganze Volk aufzeigen. Sie muß die Kräfte der Freiheit und des Rechts aufs

der Nationalismus gestürzt hatte, allmählich wieder erheben und überall in der Welt Freunde gewinnen. Seit Hitler und Goebbels am Ruder sind, wird Deutschland in der ganzen Welt wie ein Aussätziger behandelt.

Nein, nicht wir stürzen das Reich in internationale Schwierigkeiten, wir wollen es aus den internationalen Schwierigkeiten befreien, in die es durch die maßlose Unfähigkeit der Hitlerregierung geraten ist. Wir glauben auch nicht, daß ein Kulturvolk wie das deutsche die Schande der gegenwärtigen Zustände auf die Dauer ertragen kann. Das deutsche Volk wird seine Ehre und seine Freiheit wieder herstellen durch den Sturz des jetzigen Regimes, und wir wollen ihm dabei helfen!“

### Einfach aufhängen

„Was aber „Stampferleben“ und seinen neuen „Vorwärts“ angeht: Da sollte man für jeden Hetzartikel, der im Ausland losgelassen wird, einen der SPD-Funktionäre, die sich noch in Schutzhaft befinden, oder sonst greifbar sind, einfach aufhängen.“

Fränkische Tageszeitung in Nürnberg, Herausgeber Julius Streicher.

neue wecken und fördern. Sie muß das Regime geistig erschüttern und die Massen auf den Sturz des Regimes vorbereiten.

Gegen diese völlige Umstellung aber haben sich Widerstände aus der alten Form heraus erhoben. Daraus ist der Konflikt entstanden, der nun zum öffentlichen Ausbruch gekommen ist.

Der Parteivorstand in Prag hat eine aktive unversöhnliche Propaganda gegen das Regime schnellstens in Gang bringen wollen. Aus Zweckmäßigkeitsüberlegungen wollte er diese Propaganda von außen her dirigieren. Gegen diese Absicht hat sich heftiger Widerstand aus dem alten Apparat heraus erhoben — aber auch aus den Parlamentsfraktionen, die in der bisherigen Formierung der deutschen Sozialdemokratie stark führend gewirkt haben.

Der Widerstand kommt aus den verschiedensten Motiven. Nebeneinander stehen die Anschauungen, daß der alte Parteivorstand versagt und deshalb nicht mehr führend tätig sein könne, wie die Meinung, daß der Parteivorstand in Prag viel zu sehr ins revolutionär-aktivistische abgeglitten sei. Seine politische Linie wird von links und von rechts angegriffen.

Gegen die Absicht klarer unversöhnlicher Propaganda wird ins Feld geführt, daß es zunächst gelte, zu erhalten, was noch von der sozialdemokratischen Partei da ist und das wenige von öffentlichen Auftreten, was das Regime noch duldet, nicht durch illegale Arbeit zerstören zu lassen. Diese Ansicht geht bis zu der Erklärung, daß im Augenblick stillhalten die revolutionärste Tätigkeit sei. Man muß verstehen, daß den dauernd unter terroristischen Drohungen stehenden Funktionären das wenige von Ausdrucksmöglichkeit schon viel erscheint! Der Terror hat gewirkt — er hat die Sorge um die Gefährdung von Tausenden von Sozialdemokraten stärker gemacht als den inneren Zwang, dem System schonungslose Anklagen ins Gesicht zu schreien!

Weiterer Widerstand erwächst aus der Anschauung, daß der Zeitpunkt der Eröffnung einer angriffsweisen Propaganda jetzt schlecht gewählt sei.

Schließlich wirkt der Gegensatz, der am 17. Mai zwischen der Mehrheit der Reichstagsfraktion und weiten Parteikreisen sowie dem Parteivorstand hervorgetreten ist.

Es sind die heterogensten Ansichten und Motive, aber sie alle sind zusammengefloßen in einer einzigen Einheitsfront, die auf einem einheitlichen Ressentiment beruht: gegen Prag! Das ist ein Funktionärressentiment. Wie weit es den Stimmungen der deutschen sozialdemokratischen Arbeiter entspricht, ist schwer zu überblicken, aber zweifellos ist ein starkes allgemeines Ressentiment gegen eine Führung von außerhalb vorhanden.

Dieses Ressentiment lenkt von der eigentlichen Problemstellung ab, es stört die Klärung der Frage, welche Taktik die deutsche Sozialdemokratie gegenüber dem System einschlagen soll. Schon sind in bürgerlichen Kreisen Kräfte am Werke, die aus dem Ressentiment gegen die Führung von außen ein Sichabfinden der deutschen

Sozialdemokratie eine Absicht der passiven Opposition auf der Grundlage der Anerkennung des Systems herauslesen wollen! Ueber diese Dinge aber herrscht in der Front gegen Prag, die sich jetzt herausgebildet hat, nichts weniger als Einmütigkeit.

Das beklagenswerte Ergebnis ist, daß Zwiespalt die Herausarbeitung einer kämpferischen Linie gegen das System der Despotie verhindert! Die Gefahr ist brennend, daß alte entscheidende Fehler wiederholt werden, daß mehr Wert auf Konservierung von Institutionen gelegt wird als auf die Hochspannung der Idee. Daß man wie zuvor außer acht läßt, daß gläubiges Massenvertrauen nicht durch bloßes Vorhandensein gewonnen wird, sondern durch Tätigkeit. Daß man in der Politik über der reinen Vernunft der Zweckmäßigkeit die ungeheuer wichtigen Gesinnungswerte vergißt.

Dieses Ressentiment gegen die Führung von außen aber hat zugleich die Auseinandersetzungen um die Taktik vergiftet. In der „Frankfurter Zeitung“ vom 9. Juni erschien ein Aufsatz „Politik aus dem Exil“, der mit der Absicht der Diffamierung des im Ausland befindlichen Parteivorstandes auch eine Denunziation verbindet. Es heißt darin:

„Wenn aber die Abgeordneten darüber hinaus noch glauben, einen tatsächlichen oder gar moralischen Anspruch auf die Parteiführung zu haben, wenn sie glauben, die sozialdemokratischen Arbeiter und Funktionäre hätten die Neigung, sich von Prag aus durch Herrn Weis, Herrn Stampfer, Herrn Vogel und die vielen anderen, deren Benennung wir uns sparen, dürfen (schon weil wir ihren Anteil an jener Forderung im einzelnen nicht kennen) vorschreiben zu lassen, was sie in Deutschland tun und denken sollen, dann befinden sich die Exilierten in einem so traurigen Irrtum über die wahre Lage, daß wir uns für verpflichtet halten, sie darauf aufmerksam zu machen.“

Dieser Aufsatz ist in den Tagen erschienen, in denen der in Berlin befindliche Teil des Parteivorstandes wie die preußische Landtags- und Reichstagsfraktion ihre Beschlüsse gegen den Parteivorstand in Prag gefaßt und veröffentlicht haben. Er war nicht eine Folge dieser Beschlüsse, sondern Begleitmusik zu dem Stoß gegen den Parteivorstand in Prag.

Mit diesen journalistischen Methoden wird ein vorhandenes Ressentiment bis zu Haß und Hetze gesteigert! Das macht den Konflikt, dessen Lösung nun versucht werden muß, so überaus gefährlich!

## Neuwahl eines Parteivorstandes in Berlin.

Ueber eine Sitzung der in Berlin anwesenden Mitglieder des Parteivorstandes mit Vertretern aus den Bezirken und mit den Vorständen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der preußischen Landtagsfraktion, die am Montag dem 14. Juni im Preußischen Landtag stattgefunden hat, berichtet das Conti-Büro, daß in dieser Sitzung die Mitglieder des Parteivorstandes ihre Aemter zur Verfügung gestellt haben. Die Konferenz beschloß, die Führung der Parteigeschäfte den Genossen Westphal, Stelling, Rinner und Künstler zu übertragen, unter Hinzuziehung der Vorsitzenden der Reichstags- und Landtagsfraktionen, der Genossen Löbe und Szillat.

Die Beschlüsse der Fraktionen über das Verbleiben des Sitzes der Leitung der SPD. in Deutschland wurde durch die Annahme folgender Erklärung erneut bekräftigt:

„Der neugewählte Parteivorstand in Berlin hat allein die verantwortliche Führung der Partei. Solche Parteigenossen, die ins Ausland gegangen sind, können keinerlei Erklärungen für die Partei abgeben. Für alle ihre Äußerungen lehnt die Partei jede Verantwortung ausdrücklich ab.“

In einer weiteren Veröffentlichung des VDZ.-Bureaus über diese Sitzung heißt es, daß der neue Vorstand aus sechs Mitgliedern mit gleichen Rechten bestehe. In der Sozialdemokratischen Partei herrsche also nicht das Führerprinzip, ja es ist nicht einmal ein Vorsitzender dieses neuen Gremiums bestimmt worden. Aufgabe dieses verkleinerten Parteivorstandes dürfte es, wie das VDZ.-Bureau weiter meldet, zunächst sein, zu versuchen, mit der Regierung Verhandlungen darüber anzubahnen, ob die in Schutzhaft befindlichen sozialdemokratischen Führer freigelassen und das beschlagnahmte Parteivermögen freigegeben werden könne.

Die Mitglieder des Parteivorstandes, die sich in Prag befinden, haben ihre Auffassung über ihr Verhalten zu den in



Deutschland verbleibenden Genossen in dem Leitartikel der ersten Nummer des „Neuen Vorwärts“ dargelegt:

„Wir erklären, daß wir die Verantwortung für unser Tun allein tragen, und daß keine Organisation oder Körperschaft in Deutschland dafür mit verantwortlich gemacht werden kann. Wir stellen unser Verhältnis zu unsern Genossen in Deutschland auf den Boden vollkommener Freiwilligkeit. Niemand ist durch Parteidisziplin verpflichtet, sich zu uns zu bekennen.“

Diese unsere Auffassung halten wir auch nach den Beschlüssen der Berliner Konferenz in vollem Umfang aufrecht.

## Gärung in der SA.

Flugblätter verteilt — erschossen aufgefunden.

Der Düsseldorfer Polizeipräsident erließ am 10. Juni folgende Bekanntmachung:

„In den letzten Tagen wurden wiederholt Flugblätter verteilt mit der Aufschrift „Alarm, Kampfblatt der Gruppe revolutionärer SA-Leute der Standarte 39“.

Einer dieser Flugblattverteiler, dessen Personallisten bisher noch nicht festgestellt werden konnten, wurde in vergangener Nacht auf der Rheinbrücke erschossen aufgefunden. Ich warne alle diejenigen, die sich an der Verbreitung dieser Flugblätter beteiligen, und mache darauf aufmerksam, daß ich mit allen Mitteln gegen die Verteiler vorgehen werde, da durch sie die öffentliche Ruhe und Ordnung gestört wird. Des weiteren berechtige ich die gesamte SS und SA sowie die Beamtenschaft, die Flugblattverteiler sofort festzunehmen. Bei Widerstand ist mit Waffengebrauch zu rechnen.“

Auch in anderen Gegenden der Reichs wächst die Gärung in der SA. So wird uns z. B. aus Kiel berichtet, daß dort am 2. Pfingstfeiertag die SA und SS die gesamte Einrichtung eines Ausflugslokals zertrümmerten. Sie brauchten die Tische und Stühle, um sich gegenseitig die Köpfe einzuschlagen.

Gegen Dr. Otto Strasser, den Bruder des bekannten früheren nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Gregor Strasser, ist Haftbefehl wegen angeblichen Hochverrats erlassen worden. Die „Schwarze Front“, deren Führer Otto Strasser ist, steht in enger Verbindung mit den revolutionären Kräften in der SA und SS.

## 1800 Mann SA. in Frankfurt rebellieren.

Aus Frankfurt a. M. wird gemeldet: Die unterirdischen Kräfte, die das Hitlerregime immer weiter treiben, so daß es sich eines Tages selbst auflösen muß, regen sich stärker und stärker in den Landsknechtsformationen. In Frankfurt ist es zu einer glatten Revolte gegen Hitler gekommen. Die dortige SA besteht zum großen Teil aus proletarischen Elementen, die früher schon einmal bei der kommunistischen Partei waren und dann ins andere Extrem gefallen waren. Ihre Enttäuschung über den „kapitalistischen Führerkönig“ steigt von Tag zu Tag. Um die Leute abzulenken, schickte man sie in die Pfalz und hetzte sie den dortigen Sozialdemokraten und Juden auf den Hals. Aber als sich die sinnlose Wut dieser hemmungslosen Elemente in einigen mit beispiellosen Grausamkeiten geführten Terroraktionen abregiert hatte, kamen sie wieder nach Frankfurt zurück und nun kam die aufgespeicherte Enttäuschung zur Explosion.

In einer Mitgliederversammlung am 5. Juni trat ein SA-Unterrührer auf und erklärte unter stürmischer Zustimmung der versammelten SA-Leute, die Abkommandierung nach der Pfalz sei offenbar erfolgt, weil man die „echten Sozialisten loswerden“ wolle; die SA verlange jetzt endlich ganze Arbeit. Man solle sagen, was werden wird; durch Haussuchung bei Marxisten, durch Mißhandlung von Frauen und Kindern und durch die Beförderung jugendlicher Prinzen zu Oberpräsidenten (gemeint ist die Ernennung des Prinzen von Hessen zum Oberpräsidenten von Kassel) käme kein Sozialismus. Mit dem Rufe „Wo bleibt der sozialistische Vierjahresplan?“ verließ der Redner die Tribüne.

Der anwesende SA-Oberführer von Jagow hatte während der Rede vergeblich versucht, zu unterbrechen; als er anscheinend reden wollte, wurde er niedergeschrien. Er verließ mit seiner Begleitung den Saal; die SA-Leute blieben jedoch sitzen und sangen ihre Lieder, sobald irgend jemand, der als linientreu galt, reden wollte. Schließlich wurde die Absendung eines Telegramms an Hitler beschlossen mit folgendem Text:

„Frankfurter SA. fordert das sozialistische Programm und den sozialistischen Vierjahresplan. Frankfurter SA. fordert bindende Antwort binne drei Tagen.“

Auf Grund dieses ultimativen Telegramms erfolgte die Auflösung der gesamten SA. Sämtliche Unterführer wurden ihrer Stellung enthoben. Rund 1800 Mann wurden ausgeschlossen. Ein Sonderkommissar Hitlers hat die Neubildung in die Hand genommen.

# Hitlers kleiner Krieg

## Oesterreich verteidigt die deutsche Kultur

Während Hitler Friedensreden hält und Viererpakete unterschreibt, betreiben seine Agenten mit Mordanschlägen und Sprengstoffattentaten die Eroberung Oesterreichs.

Das ist die erste reife Frucht nationalsozialistischer Außenpolitik: eine bis zum Zerreißen verschärfte Spannung zwischen den beiden deutschen Staaten und geschlossene Parteinahme der Mächte für den angegriffenen schwächeren Teil. Oesterreich ist heute der Liebling der Welt, wie es vor neunzehn Jahren Belgien war.

Wie dieser Konflikt entstand, zu schildern, wäre keine Satire bitter, kein Hohn blutig genug. Er beginnt mit einigen ordinären Lausbübereien der sogenannten „Minister“ Goebbels und Frank II. begangen auf österreichischem Boden. Er führt, weil sich Wien diese Lausbübereien nicht schafsgeduldig gefallen läßt, zur Verhängung der 1000-Mk.-Gebühr, das heißt zur tatsächlichen Grenzsperrung gegen Oesterreich und zu dem räuberartigen Ueberfall auf den exterritorialen Vertreter Oesterreichs, Dr. Wasserbäck, schließlich zu dem Mordanschlag auf Steidle, zu Sprengstoffangriffen auf die Heimwehr und weiteren blutigen Gewalttaten. Die Regierung Dollfuß antwortet auf diese Eröffnung der Feindseligkeiten mit dem Verbot der NSDAP, und seiner bewaffneten Formationen. Dazu schreibt nun das Leitorgan der christlichsozialen Regierungspartei, die „Reichspost“:

„Das Maß war voll. Nun hat alle Nachsicht und alle Schonung ein Ende. Oesterreich kann seine Landeskinder nicht von Absolventen einer Verbrecherschule, die sich Partei nennt, heimtückisch ermorden lassen. Das ist der neue Geist, die Erneuerung der deutschen Nation, der Um- und Aufbruch der deutschen Seele, die restlose Säuberung des deutschen Volkes von allem Fremdartigen, die der Nationalismus in täglichen Prohabeien zu bringen verspricht? Das ist das neue, das bessere Deutschland, das er uns bescheren will? Nun kennen wir die nationalsozialistische Wirklichkeit, sie ist hemmungsloser Fanatismus, das ist nicht mehr Partei, sondern organisierte Verschwörung, organisierter Ueberfall, organisierter Heimatsverrat, das ist nicht mehr Politik, weder nationale, noch soziale, sondern systemisiertes Verbrechen. In Oesterreich ist der Nationalsozialismus von heute an bis auf weiteres nicht mehr eine politische, sondern eine kriminelle Angelegenheit.“

Oesterreich befindet sich heute in einem ähnlichen Zustand wie Deutschland im Juli 1932, als in Ostpreußen und Schlesien die nationalsozialistischen Revolver knallten und die nationalsozialistischen Bomben krachten. In Deutschland war aber an leitenden Stellen nicht die Erkenntnis vorhanden, daß man den Staat gegen eine Verbrechergesellschaft mit allen Mitteln verteidigen muß. Dieser Verteidigungswille, den man eigentlich bei jedem ehrlichen Menschen als vorhanden annehmen muß, wurde geschwächt einmal durch den Aberglauben, daß diese Verbrechen aus irgend einer „nationalen“ Gesinnung heraus verübt worden seien und zweitens durch den anderen Aberglauben, man könne eine Verbrechergesellschaft zur

Sachlichkeit erziehen, indem man ihr die Regierung in die Hand gebe.

Auch in Oesterreich waren zeitweilig solche gefährliche Gedankengänge häufig anzutreffen, und die christlichsoziale Partei schien bereit, sich mit den Nazis zu koalieren. Erst die letzten Tage und Wochen haben eine gründliche Ernüchterung gebracht. Mit dem Anspruch, auf diese Weise die deutsche Kultur gegen das Vandalentum des Nordens zu verteidigen, setzt sich die Wiener Regierung zur Wehr, und die Sympathien der ganzen Welt fliegen ihr zu.

In Genf schmachvolle Niederlage gegenüber dem jüdischen Angestellten Bernheim aus Oberschlesien, ein paar Tage später blamabler Abmarsch der Ley-Delegation aus der Arbeitskonferenz, im Baltikum plötzlicher Boykott gegen Lettland und gleich darauf klägliches Wiederrückzug bei der Verhaftung Wasserbäcks, Rückzug der deutschen Delegation nach Ueberreichung des Hugenberg-Memorandums auf der internationalen Wirtschaftskonferenz, welche Regierung vor Hitler hätte sich eine solche Fülle außenpolitischer Niederlagen und Blamagen leisten können, ohne mit Schimpf und Schande fortgejagt zu werden?

Es ist sicher wahr, daß dieses ganze Treiben, das den Namen „Außenpolitik“ nicht mehr verdient, nicht nur unverschämmt, sondern noch mehr als das feige ist. Gänzlich unempfindlich gegen alle Argumente des gesunden Menschenverstandes und der Moral, reagiert es mit der Empfindlichkeit eines Seismographen auf alle Argumente der Gewalt. Es kennt keine Schonung für den Schwächeren, tritt aber mit Bestimmtheit den Rückzug an sowie er sich einem Stärkeren gegenüber sieht.

Diese längst klar erkannte Seeleneigenschaft des Nationalsozialismus bietet dem Ausland eine gewisse Beruhigung. Für das deutsche Inland kann sie nur eine Quelle dauernder Beunruhigung sein. Das Ausland hat das Vertrauen zu der gegenwärtigen Reichsregierung, daß sie im Ernstfall entweder klein beigeben oder unter den ungünstigsten Voraussetzungen für Deutschland in einen Krieg hineinschlitzen wird. Dieser Gedanke ist für alle Gegner Deutschlands sehr beruhigend. Ist er es für uns auch?

Herr Dollfuß hat mit Recht gesagt, daß Oesterreich in seinem Kampfe mit dem Dritten Reich die deutsche Kultur verteidigt. In gleicher Weise verteidigen alle Deutschen, die den Kampf gegen die Hitlerbarbarei führen, die deutsche Nation. Die Hitlerbarbarei ist trotz ihrer nationalen Tiraden nichts anderes als der willkommenere Bundesgenosse aller Feinde Deutschlands. Der unablässige, unerbittlichste Kampf gegen sie ist daher die nationalste Aufgabe, die es heutzutage für einen Deutschen gibt. Wer da zusieht, wie Deutschland dem Abgrund zugeführt wird und sich dagegen nicht auflehnt, der begeht wirklichen Landesverrat!

Als Deutsche wünschen wir dem kleinen Deutsch-Oesterreich im Verteidigungskampfe gegen die braune Flut jeden Erfolg!

F. St.

## 150 SA.-Meuterer ins Konzentrationslager

Am Donnerstag dem 15. Juni kam es in Dresden zu einer schweren SA.-Revolte. In einer Versammlung der SA. kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen der SA. und ihren Führern. Als es den Führern der SA. nicht gelang, die Ruhe herzustellen, griff die SS, ein und setzte die rebellierenden SA.-Leute fest. 100—150 SA.-Leuten wurde die Uniform abgenommen und die „Meuterer“ wurden ins Konzentrationslager Hohenstein gebracht.

## Hitlerpolizei öffnet Transitpost!

### Diplomatische Weiterungen.

Englische Blätter berichten, daß sich die Geheime Staatspolizei nicht darauf beschränkt, Briefe zu öffnen, die bei deutschen Poststellen eingeliefert werden oder ankommen, sondern daß sie neuerdings auch die ausländische Transitpost durchschnüffelt, die ihren Weg über Deutschland nimmt. So ist ein Brief, den ein Absender in der Schweiz an einen Freund in London richtete, in Deutschland aufgeschnit-

ten worden. Das gleiche Schicksal erlitt ein Schreiben, das aus der Tschechoslowakei nach Paris ging. In beiden Fällen erhielt der Umschlag den Vermerk, daß die Briefe amtlich geöffnet worden seien. Nach der englischen Presse dürfte dieser gewaltsame Einbruch in die Rechtssphäre ausländischer Postverwaltungen diplomatische Weiterungen nach sich ziehen.

## Der liebe Gott ist auch ein Jude!

„Wir nennen uns Christen, aber wir sind es nicht und können es nicht sein. Das Christentum ist unvereinbar mit unserer Rasse. Der gekreuzigte Asket ist ein Gott für Greise und Kranke. Unsere Jugend ist religiös, gewiß, aber sie ist auch heidnisch, weil sie deutsch ist. So hat sie ein intensiveres Innenleben als viele Christen. Man verleumdet sie, wenn man sie des Atheismus und der Oberflächlichkeit beschuldigt, und man beleidigt damit das tiefe religiöse Gefühl unserer nordischen und deutschen Seelen. Im Namen des Hakenkreuzes, des alten Symbols des nordischen Lebens, und nicht im Namen von Golgatha lehrt Deutschland heute seine Auferstehung.“

Graf Reventlow, im „Reichswart“.

## Steuerhinterziehung — so und so!

### Korruptionsdezernent Freißler verordnet...

Der Leiter des Korruptionsdezernats, Dr. Freißler, erläßt eine Bekanntmachung folgenden Inhaltes:

An sich obliegt selbstverständlich dem Korruptionsdezernat das Aufspüren jeder Art der Steuerhinterziehung. Es sei aber streng zu beachten, daß nicht jede Art von Steuerhinterziehung strafrechtlich und steuerrechtlich zu verfolgen sei. Denn es sei oft vorgekommen, daß nationale Persönlichkeiten nur deswegen sich eines Vergehens gegen die Steuergesetzgebung schuldig gemacht hätten, um auf diese Weise den Kampf gegen das System der Weimarer Republik besonders erfolgreich zu führen. In solchen Fällen sei es natürlich nicht die Aufgabe des Korruptionsdezernats, einzuschreiten.

Der Landgerichtspräsident Dr. Dietrich-Hechingen hat bekanntlich bereits eine Liste der Handlungen aufgestellt, die straffrei bleiben, wenn sie im Interesse der NSDAP begangen wurden. (Mord, Totschlag, Sprengstoffattentate, Brandstiftungen, Körperverletzungen usw.). Dieser Reihe ist nun noch die Steuerdefraudation hinzuzufügen.

## Werwolf und Stahlhelm — marxistisch?

Das sächsische Ministerium des Innern hat auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Febr. 1933 den „Werwolf“ samt seinen Unterverbänden für das Gebiet des Freistaates Sachsen aufgelöst und verboten.

In Braunschweig, Ostpreußen, Westdeutschland und anderen Gegenden wurden die Ortsgruppen des Stahlhelms aufgelöst, die Führer verhaftet. In Braunschweig verbot die Regierung eine öffentliche Veranstaltung, bei der der Reichsarbeitsminister Seldte, der Führer des Stahlhelms, der vor kurzem seinen Beitritt zur NSDAP erklärt hat, sprechen sollte.

## Deutschnationale Rednerin verhaftet

Wie aus Essen gemeldet wird, wurde die deutschnationale Rednerin Fr. Stubenrauch aus einer deutschnationalen Mitgliederversammlung in Kupferdreh heraus wegen schwerer Beleidigung der Reichsregierung von der Polizei verhaftet.

## Ehrung der Mörder Rathenaus

Reichsarbeitsminister Seldte hat jüngst bei einem Besuch der Stadt Naumburg an der Saale auf der Burg Saaleck zur Erinnerung an die beiden Rathenau-Mörder Fischer und Kern einen Kranz niedergelegt.

## Ein Ehrenbürger verläßt Berlin

Max Liebermann, der große Maler, will trotz seines hohen Alters, den Staub des Dritten Reiches von seinen Füßen schütteln und nach Paris ins Exil gehen. Liebermann ist einer der vier Ehrenbürger von Berlin. Die drei anderen sind der sozialdemokratische Philanthrop Hugo Heimann — — und neuerdings die Herren Hitler und Hindenburg!

## Hat Briefträger Schulz eine jüdische Großmutter?

350.000 Beamte der Deutschen Reichspost werden jetzt auf ihre Rassezugehörigkeit geprüft. Es sind bei den Oberdirektionen Ausschüsse gebildet worden, denen mindestens drei Mitglieder der nationalsozialistischen Partei angehören. Die Postverwaltung versichert, daß die Prüfungsarbeiten bereits in vollem Gange sind und eine schwierige Aufgabe bedeuten, da ein Personal von mehreren hunderttausend Menschen in längstens vier Monaten geprüft werden muß.

## Judenfreier Badestrand

„Henkenhagen, das Ostseebad des Mittelstandes! Auf hoher, teils bewaldeter Düne gelegen. Stein- und judenfreier Badestrand. 12 km von Kolberg. Kleine Kuriaxe. Seebäder frei! Zeitgemäße Miets- und Pensionspreise. Prospekt auf Anfordern durch die Badeverwaltung.“ (Inserat aus dem „Völkischen Beobachter“, München, 6. VI. 1933.)

## Pg. oder Pj.?

Das ist die große Frage, die lebhaft erörtert wird. Pg., das ist der Parteigenosse, Pj., das ist der Postenjäger. Selbst nach den offiziellen Reden und Erlässen des Goering und Goebbels ist wohl kein Zweifel, daß die Zahl der Pj. in einer für die Nazis erschreckender Weise zunimmt.



# Wo steht England?

## Deutschland in der Quarantäne

V. Sch., London, Ende Juni.

„Während des Weltkrieges wurde Deutschland gehaßt — jetzt wird es obendrein noch verachtet“, sagte mir ein bekannter Engländer anfangs April, wenige Tage, nachdem ich eingetroffen war.

Ein anderer äußerte: „Noch vor wenigen Monaten war die Stimmung hier so, daß im Falle eines Konfliktes zwischen Deutschland und Frankreich 85 Prozent der Bevölkerung, wenn nicht sogar mehr, keinen Finger zugunsten der Franzosen gerührt hätten. Heute, nach zwei Monaten Hitler-Regime ist das Verhältnis umgekehrt.“

Ein so radikaler und plötzlicher Stimmungsumschwung, so wurde mir weiter versichert, sei in Großbritannien noch nicht dagewesen.

Seitdem haben sich gleichgeschaltete Londoner Korrespondenten wiederholt krampfhaft bemüht, Anzeichen einer gebesserten Stimmung zu entdecken. Wenn irgendwo ein englischer Vergnügungsreisender oder Amateurjournalist nach einem Aufenthalt weniger Tage in Deutschland berichtete, daß das alles in bester Ordnung sei, wurde dies prompt in aller Ausführlichkeit dem deutschen Zeitungsleser als „Beweis“ oder zumindest als „Symptom“ in aller Breite vorgesetzt.

In Wirklichkeit hat sich seit der April-Debatte im Unterhaus nicht das Geringste geändert, eher zuungunsten des Hitler-Regimes, nachdem auch jene Optimisten, die zunächst an revolutionäre Kinderkrankheiten glaubten und auf eine baldige Rückkehr zu zivilisierten Regierungsformen hofften, erkennen mußten, daß Brutalität und Barbarei nicht etwa Begleiterscheinungen dieses Systems sind, sondern zu seinem eigentlichen Wesen gehören.

Hätte sich der Hitlerismus, wie Mussolini, auf die Unterdrückung der Arbeiterbewegung beschränkt, dann würde sich die Empörung in England auf die Labour Party und die Gewerkschaften, vielleicht auch auf einige fortschrittliche Elemente im bürgerlichen Lager beschränkt, im übrigen aber nach einigen Monaten beruhigt haben. Aber der Antisemitismus der Nazi-Bewegung sorgt selber dafür, daß die Gefühle des Hasses und der Verachtung fast des gesamten britischen Volkes von Woche zu Woche nicht nachlassen, sondern zunehmen. Daß förmliche Gewalt- und Greuelthaten begangen werden, wurde als schlimm empfunden; daß sie abgelehnt werden, noch schlimmer, daß sogar die Juden in Deutschland gezwungen werden, sich an dieser Ablehnungspropaganda zu beteiligen, empfand man als niederträchtig; aber widerwärtiger als alles andere ist in den Augen der Engländer der „stamme Pogrom“, die systematische und geradezu sadistische materielle Vernichtung und moralische Achtung der deutschen Juden.

Daraus erklärt sich, daß etwa Mitte Mai einen Augenblick gegeben hat, wo die Stimmung hierzulande bereits derartige Formen annahm, daß man in den verantwortlichen politischen und journalistischen Kreisen plötzlich das Gefühl hatte: Wenn es noch zwei Monate so weiter geht, dann sind wir unweigerlich in einen neuen Krieg verwickelt.

An dieser stürmischen Entwicklung war übrigens nicht zuletzt der famose Herr Alfred Rosenberg schuld, der hier mit der naiven Einstellung gelandet war, er könnte die Engländer davon überzeugen, daß Hitler fünf Minuten vor zwölf die Welt vor dem Bolschewismus gerettet habe, daß die Juden am Bolschewismus schuld sein usw. Seine Kranzniederlegung am Cenotaph (Kriegsgefallenendenkmal) in Whitehall empfand man hier allgemein als eine Beleidigung der britischen Kriegsgesellen, die für Freiheit und Recht gefallen sein; sein Verhalten bei einem Presseempfang, wo er vor unbehaglichen Fragen förmlich davonlief, trug dazu bei, die Stimmung auf den Siedepunkt zu erhitzen, zumal zur selben Zeit Deutschland in Genf mit Wiederaufrüsten drohte und von Papen in Münster eine wahnwitzige Rede über die Schönheit des Todes auf den Schlachtfeldern und über die Mutterpflicht zum Gebären von künftigen Soldaten hielt.

In diesem Augenblick nahm man hier die Reichstagsrede Hitlers mit einem förmlichen Gefühl der Erleichterung auf. Man glaubte ihm zwar kein Wort, aber man tat so, als nähme man seine Friedensbeteuerungen als ein ernsthaftes Versprechen der Besserung auf. Man war in Wirklichkeit froh, der nahenden Kriegsgefahr entgangen zu sein und die Öffentlichkeit zunächst etwas beruhigen zu können.

Aber innerlich sind die maßgebenden Kreise alles eher denn beruhigt. Sie haben zwar mit schadenfroher Genugtuung festgestellt, daß Hitler unter dem Druck Mussolinis dem abge-

änderten und jetzt nichtssagenden Wortlaut des Viermächte-Abkommens zugestimmt hat; sie erblicken darin den Beweis, daß man gegenwärtig außenpolitisch mit den Nazis in einer Weise umspringen kann, die sich keine der früheren Reichsregierungen jemals hätte bieten lassen. Aber bezüglich der Zukunft ist man hier in London nach wie vor sehr besorgt. Die französische, die englische und die polnische Regierung tauschen regelmäßig ihre Informationen aus Deutschland aus. Alle Politiker, die Verbindungen zum hiesigen Auswärtigen Amt unterhalten, sprechen von enormen Rüstungen, die natürlich dem militärischen Nachrichtendienst nicht unbekannt bleiben.

Bestünden noch Zweifel an der tatsächlichen Stimmung Englands — und der übrigen Welt — gegenüber dem „Dritten Reich“, so müßten sie durch gewisse Vorgänge in der ersten

## Aus Genf davongelaufen

### Ley und Co. mit Schimpf und Schande hinaus.

Das erste Auftreten der unter der Führung eines Ley stehenden neuen „Vertreter“ der Arbeiter Deutschlands auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf hat mit Schimpf und Schande geendet. Die deutsche Delegation war völlig isoliert, sie erhielt nicht einmal die Unterstützung des faschistischen Italiens. Um die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Ley-Delegation nicht nach außen dringen zu lassen, blieb Hitler deshalb gar nichts anderes übrig, als die ganze Delegation zum Verlassen der Konferenz aufzufordern.

Das ist nicht nur eine weitere Niederlage Deutschlands auf dem internationalen Gefechtsboden, sondern auch ein moralischer Erfolg der sozialistischen Arbeiter der Welt, die unter der Führung von Mertens und Jouhaux mit Energie und Geschick den Kampf gegen die nationalsozialistischen Räuber der deutschen Gewerkschaften aufgenommen hatten. Das fleghafte Benehmen des Ley hatte seine Mitdelegierten, den Reichstagsabgeordneten Stöhr und den Berliner Nazikommissar Engel veranlaßt, bei Hitler die sofortige öffentliche Abberufung des Ley zu verlangen. Hitler aber, feige wie immer, wenn es sich um eine klare Entscheidung handelt, hatte statt dessen vorgezogen, die ganze Delegation zurückzuziehen.

Die Isolierung der deutschen Nazivertreter wurde vollständig durch Äußerungen von Ley bei einem Journalistenempfang. Sie sind zwar von Ley abgestritten worden. Aber da das Urteil von Dutzenden verantwortungsbewußten und wahrheitsliebenden Journalisten außerhalb Deutschlands mehr gilt als der heiligste Eidschwur eines notorischen Lügners, so war eine Möglichkeit für das Verbleiben

Woche der Weltwirtschaftskonferenz beseligt worden sein. Die demonstrative Ovation, die dem österreichischen Bundeskanzler Dollfuß bei seinem Erscheinen am Rednerpult gespendet wurde und noch mehr bei seinen Schlussworten:

„Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben,

Wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt.“ war ein Symptom für die moralische und politische Quarantäne, in der sich das Hitler-Reich befindet. Diese Kundgebung galt ausschließlich dem kleinen Manne, der Hitler in Schach hält und der ihm vor der Welt blamiert und demütigt.

Als genügt den Vertretern des Dritten Reiches diese Blamage nicht, haben sie sich noch das Hugenberg-Memorandum, dieses Stück aus dem Tollhaus, geleistet, dessen nachträgliche panikartige Zurückziehung die ganze Gesellschaft zum Gespött der Welt gemacht hat.

Nein: die Stimmung, die ich hier in den ersten Apriltagen vorgefunden habe, war kein Strohhalm. Dafür sorgen die Hitler und Göring, die Hugen- und Rosenberge selber!

von Ley nicht gegeben. Leys Äußerungen lauten:

„Wir haben denen ein Mal einen Parlamentarismus vorgezeigt, wie sie noch keinen erlebt hatten. Bei jeder neuen Abstimmung schlugen wir, der Faschist und ich, abwechselnd einander vor. Das machte die Kerls ganz nervös. Wir haben uns köstlich amüsiert. Unsere Ueberlegenheit zu Zweien gegen diese stupide Majorität von 28 Ländervertretern war einfach ungeheuer. Das muß energisch gebrandmarkt werden: Daß solche Idiotenstaaten hier dieselben Rechte mit der gleichen Stimme haben sollen wie Deutschland und Italien. Stellen Sie sich vor: Kuba! Uruguay! Bolivien! Was weiß ich, wie sie alle heißen, die Idioten von Südamerikanern! Ich glaube, der Faschist und ich, wir hatten mehr Millionen Bevölkerung hinter uns, als die ganze übrige Blase zusammen. Und was für eine Sorte von Menschen haben die! Gegenüber uns Kulturvölkern, Deutschen und Italienern! Und sowas soll die gleichen Rechte haben wie wir! Das ist doch Marxismus in Reinkultur, diese verrückte Phrase, daß alles, was Menschenantlitz trägt, gleich sei! Das muß immer wieder gebrandmarkt werden in der Presse! Wissen Sie, wenn wir früher die kommunistische Reichstagsfraktion betrachteten, dann hatten wir das Gefühl, daß sie aus lauter ausgesuchten Exemplaren von Zuchthäuslern bestand. Genau so war das heute in der Arbeitergruppe. Diese Typen! Diese Typen! Wenn ich nicht meine handfeste Gruppe hinter mir gehabt hätte, dann hätte mir Angst und bange werden können.“

Die Reichsregierung hat zwar amtlich erklärt, sie mißbillige jede Beleidigung der Arbeitnehmer irgend eines Landes. Ley aber verlegte sich aufs Lügen. Und Hitler? — Er kapitulierte vor ihm.

Das Ende ist ein blamables Davonlaufen unter dem Gelächter der ganzen Welt.

## Berlin-Prager Zeitungskrieg

Die Prager Regierung hat 98 reichsdeutsche Zeitungen, darunter allen im Ausland bekannten und gelesenen, die Grenze gesperrt. Diese Maßnahme wird mit der Tatsache begründet, daß in Deutschland zahlreiche in der Tschechoslowakei erscheinende Blätter verboten sind. Nach den letzten Berliner amtlichen Berichten waren in Deutschland 254 ausländische Zeitungen verboten. Auf der Verbotsliste sind vertreten: Amerika mit 9, Argentinien 2, Belgien 7, Kanada 2, Dänemark 4, Danzig 3, England 5, Frankreich 31, Holland 9, Lettland 2, Litauen 1, Luxemburg 5, Oesterreich 37, Polen 24, Rumänien 1, Saargebiet 4, Schweden 1, die Schweiz 26, Sowjetrußland 9, Spanien 2 und die Tschechoslowakei mit 66 Zeitschriften.

## Gleichschaltung aller Jugendverbände

Der Reichskanzler Adolf Hitler hat eine neue Dienststelle des Reiches geschaffen, die die amtliche Bezeichnung: „Jugendführer des Deutschen Reiches“ trägt. Zum Jugendführer des Deutschen Reiches wurde der Reichsjugendführer der Nazis, der 26jährige Reichstagsabgeordnete Baldur von Schirach, ernannt.

Der Reichsjugendführer steht an der Spitze aller Verbände der männlichen und weiblichen Jugend, übernimmt außerdem alle Funktionen der staatlichen und kommunalen Ausschüsse der Jugendpflege. Damit ist die organisatorische Selbständigkeit aller deutschen Jugendverbände mit einem Schlag beseitigt, sie haben alle einen „Führer“, der die pädagogische und kulturelle Arbeit der großen deutschen Jugendverbände niemals aus eigener Auffassung oder Erfahrung kennen gelernt hat.

Die erste Tat des „Jugendführers des Deutschen Reiches“ bestand übrigens darin, die Geschäftsstelle des deutschnationalen, von Admiral von Trotha geführten „Großdeutschen Bundes“ zu besetzen und zu schließen, weil der Bund angeblich eine unmittelfach gegen die Hitlerjugend gerichtete feindselige Haltung eingenommen hat.

## Was kann Hitler?

Dieser Tage konnte man in Chemnitz an vielen Häuserwänden folgende Aufschrift lesen:

Was kann Hitler?

Feste feiern,  
die Fahnen hochheben  
und die Waren verteuern.

Solort wurde die SA, alarmiert, die die Wahrheit unter dem Gelächter der Straßenpassanten von den Häusern wieder abkratze.

## Volksvertreter im Kerker

Von der „Freiheit“ der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die Reichsverfassung sieht vor, daß die Mitglieder der Volksvertretungen immun sind. Als im Februar 1931 der Reichstag die Immunität derjenigen Naziabgeordneten aufhob, gegen die aus zwingenden Gründen des Strafgesetzes Dutzende von Verfahren eingeleitet waren, da tobten die Nazis und boykottierten den Reichstag. Seit dem 5. März 1933 sind ohne Beschluß des Reichstages — von der Verfolgung der kommunistischen Abgeordneten ganz zu schweigen — Dutzende sozialdemokratische Abgeordnete verhaftet. Gegenwärtig sind folgende sozialdemokratische Abgeordnete in Haft:

Dahrendorf-Hamburg, verhaftet am 16. Juni wegen Teilnahme an einer behördlich nicht angemeldeten Sitzung der Hamburger Sozialdemokratie.

Eggerstedt-Kiel, verhaftet seit Mitte Mai, angeblich wegen seiner Tätigkeit als Polizeipräsident in Altona.

Faust-Bremen, verhaftet seit Anfang Mai, angeblich zu seinem eigenen Schutz in Haft genommen.

Finke-Herford, verhaftet seit März, wegen Verbreitung von harmlosen Mitteilungen an Mitglieder der sozialdemokratischen Partei.

Fleißner-Dresden, verhaftet seit Anfang März, lediglich, weil er sich einen Tag jenseits der deutschen Grenze aufgehalten hat.

Hartzsch-Chemnitz, verhaftet Mitte Mai, Begründung unbekannt.

Kuhn-Chemnitz, verhaftet Anfang März wegen seiner Tätigkeit im November 1918 als Präsident der Republik Oldenburg, jedoch ist bisher kein Verfahren eingeleitet worden.

Dr. Leber-Lübeck, verhaftet am 23. März. L. ist inzwischen zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil er sich bei einem Ueberfall von Nazis auf ihn und seinen Begleiter zur Wehr gesetzt hat.

Dr. Marum-Karlsruhe, verhaftet seit Anfang März, ursprünglich in Schutzhaft, ist Mitte Mai mit anderen politischen Gefangenen unter den schmachlichsten Umständen auf einem Karren ins Konzentrationslager geschleppt worden. M., einem der angesehensten Rechtsanwälte Badens, kann nichts anderes, als seine sachliche politische Tätigkeit zur Last gelegt werden.

Meier-Baden, seit Anfang März in Schutzhaft, wird ebenfalls nur wegen seiner politischen Gesinnung festgehalten.

Dr. Mierendorff-Darmstadt verhaftet am 13. Juni. M. wurde vor der Einlieferung in das Untersuchungsgefängnis in Darmstadt durch die Straßen der Stadt geführt.

Pöhl-Striegau, verhaftet seit Ende April, Grund unbekannt.

Puchta-Bayreuth, verhaftet seit Anfang März; hier liegt ein persönlicher Racheakt des jetzigen bayrischen Kultusministers Schemm vor, der bisher Naziführer in Bayreuth war.

Reuter-Magdeburg, verhaftet seit Anfang Juni; angeblicher Grund: seine Tätigkeit als deutscher Kriegsgefangener in Rußland im Jahre 1918.

Robmann-Stuttgart am 10. Juni zugleich mit dem württembergischen Landtagsabg. Pflüger verhaftet, angeblich weil die Inhaftierten im Konzentrationslager Neuberg verlangt haben, daß nicht nur die Verführten, sondern auch die Führer inhaftiert werden.

Saupe-Leipzig, Anfang Juni verhaftet, Begründung unbekannt.

Schirmer-Dresden, verhaftet seit Anfang Mai, Begründung unbekannt.

Seiger-Dessau, verhaftet seit Anfang März, nachdem ein Attentat der Nazis auf ihn und seine Frau mißglückt war; S. war bei den Nazis wegen seines Kampfes gegen den Militarismus besonders verhaßt.

Dr. Staudinger-Hamburg, verhaftet am 16. Juni. Grund wie bei Dahrendorf.

Leipart, Graßmann und Oswald Schuhmann sind am 10. Juni aus der Haft entlassen worden.

Aber auch Dutzende von Abgeordneten der Länderparlamente sind ebenso grundlos inhaftiert.

## Deutsches Recht!

In Perleberg wurde der 81jährige Tischler Richard Ehlert, der behauptet hatte, führende Deutschnationalen hätten ihm gesagt, es bestünde im Auslande aus Anlaß der Judenfrage keine Hetze gegen Deutschland, alle Behauptungen über die ausländische Hetze, habe sich der Reichsminister Göring aus den Fingern gesogen, zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.



## Schule im Dritten Reich

### Versailles in den Schulen.

Gedächtnisreden am 28. Juni.

Der preußische Kultusminister Rust hat angeordnet, daß am 28. Juni, dem Tag der Unterzeichnung in Versailles, die Anstaltsleiter in allen Schulen die Schüler auf die Bedeutung des Tages hinzuweisen haben.

Diese Anregung ist besonders aktuell, nachdem soeben der Reichskanzler Adolf Hitler durch Paraphierung des Viererpakts feierlich den Vertrag von Versailles für weitere 10 Jahre anerkannt hat.

Noch einiges andere wäre in diesem Zusammenhang zu erwähnen.

Z. B., daß die Oberste Heeresleitung schon am 29. September, 40 Tage vor dem „Novemberverbrechen“, von der Reichsregierung verlangt hatte, sie solle um Waffenstillstand und Frieden bitten, daß aber die Regierung dagegen Einspruch erhob, weil durch ein solches überstürztes Friedensgesuch — nach den vorangegangenen falschen Siegesnachrichten — alles verloren sei,

daß die Regierung, die solche Bedenken äußerte, die erste war, in der Sozialdemokratie, also sog. „Novemberverbrecher“, saßen, und daß überhaupt die Legende vom Dolchstoß die schmutzigste Geschichtslüge ist, die jemals erfunden wurde.

Vielleicht können die Schulleiter in diesem Zusammenhang auch daran erinnern, daß der bürgerliche Demokrat Rathenau damals gegen Versailles die „levée en masses“ predigte, worauf er ein paar Jahre später von Nazis ermordet wurde und worauf wieder einige Jahre später der Reichsminister Seldte am Grabe seiner Mörder zwei Kränze niederlegte.

Ferner, daß das von Nationalsozialisten zerstörte Denkmal des am 4. September 1914 gefallenen kriegsfreiwilligen Marxisten und Juden Ludwig Frank in Mannheim nicht wiederhergestellt worden ist.

Zweckmäßig wäre in diesem Zusammenhang auch darauf hinzuweisen, daß Scheidemann und Landsberg ihre Ämter als Ministerpräsident und Justizminister der Deutschen Republik niederlegten, weil sie sich nicht dazu entschließen konnten, den Vertrag von Versailles zu unterzeichnen und daß sie dafür jetzt als gehetzte Emigranten im Ausland leben, während der freiwillige Verlängerer des Friedens von Versailles, Reichskanz-

ler Adolf Hitler, sich in Oberbayern ein Schloß baut.

Gedenkreiden über Versailles in den Schulen wären also schon eine gute Sache, wenn nur erlaubt wäre, die Wahrheit zu sagen!

### Hitlerreden auswendig lernen

Ein Leiter einer Volksschule erhält den Befehl: Die Rede des Reichskanzlers Hitler im Reichstag ist in den oberen Klassen auswendig zu lernen.

Das Kollegium wird zur Konferenz befohlen. Doch da stellt sich heraus, daß niemand vom ganzen Kollegium, auch von den deutschnationalen Lehrern, ein solches Exemplar der Hitlerrede besitzt, und auch niemand kann sie auswendig.

Ein Lehrer erklärt, ehe die Rede von den Kindern auswendig gelernt werden könne, müsse die Behörde ihm erst ein Exemplar der Rede zustellen, und außerdem brauchte man doch einen Leitfadens, wie die Rede durchzunehmen sei. Ein junger Zeichenlehrer, der gerne etwas werden will, er bietet sich, die Rede für jede Klasse in Schönschrift und künstlerischer Aufmachung herzustellen, damit sie in jeder Klasse aufgehängt werden könnte. Dieser Vorschlag wird aber mit Entrüstung abgelehnt, weil durch das Aufhängen der Rede dem Schülerrat eine bequeme Gelegenheit gegeben würde, nachzuprüfen, ob die Rede richtig auswendig gelernt sei. Ohne ein solches Hilfsmittel würde der Schülerrat sich hüten, die Rede abzufragen, da er sie selbst nicht auswendig könne...

### Es lebe die freie Wissenschaft!

Herr Universitätsprofessor Dr. Eduard Spranger, der an der Berliner Universität Philosophie und Pädagogik lehrt, hält die freihetlichen Ueberlieferungen deutscher Wissenschaft hoch! Er erträgt nicht die Schmachbedingungen, die der nationalsozialistische Studentenausschuß gestellt hat. Also stellt er sein Amt zur Verfügung.

Doch dann hat er eine huldvolle Audienz bei dem Kultusminister Rust und überzeugt sich, daß sein Schritt voreilig war. Die Schandbedingungen bleiben, wer außerdem bleibt, ist Herr Professor Spranger. Und er arbeitet an einer philosophischen Begründung über den sittlichen Wert der neuen deutschen Freiheit.....

### Wie man Christen macht.

„Ich rate Ihnen dringend“, so sprach nach einer gelungenen Lektion der wohlwollend freundliche nationalsozialistische Schülerrat zu der ausgezeichneten dissidentischen

Lehrerin, „evangelisch zu werden, sonst kann ich Sie, so leid es mir tut, nicht halten.“ „Paris ist eine Messe wert. — Meine Lebensarbeit ist schon diese Geste wert.“, sagt sich die Lehrerin. Sie ist eine katholische Dissidentin und hat mehr als acht Jahre an einer weltlichen Schule in einer evangelischen Stadt unterrichtet.

Sie geht also zu dem evangelischen Pfarrer. Er empfängt sie freundlich und ist gern bereit, eine Seele zu retten. Aber die Bestimmungen verlangen sechs Monate unterrichtliche Vorbereitungen, und außerdem gibt es noch eine besondere Schwierigkeit: der Pfarrer geht acht Wochen auf Urlaub. Aber er ist wohlwollend, also wird vereinbart, daß die Lehrerin gleich diese Unterredung als den Beginn des Unterrichtes ansieht. So werden zwei Monate gespart.

Inzwischen aber erfährt der eifervolle Superintendent von dem Fall. Er ist frommer Christ, strammer Nationalsozialist und ein tüchtiger Vertreter der Religion der Liebe. Er sucht also die Lehrerin auf, und nachdem er sich in einem Gespräch von wenigen Minuten von den „ernsten“ Absichten der katholischen Dissidentin überzeugt hat, telefoniert er mit seinem nachgeordneten Kollegen und stellt der Lehrerin im Einvernehmen mit dem zuständigen Pfarrer die Bescheinigung aus.

Jetzt ist sie eine „treudeutsche, evangelische Christin.“

Dem Lehrer X. erging es etwas weniger gut. Er ist seit fünf Jahren Dissident. Der Pfarrer ist ein geschäftstüchtiger Mann, er verlangt, daß die Kirchensteuer für fünf Jahre nachgezahlt wird. Doch dazu ist Herr X. nicht in der Lage. Man handelt „20 Rm. Kirchensteuer.“ „Zu viel, das verträgt mein gekürztes Gehalt nicht.“ „10 Reichsmark.“ „Noch zu viel.“ Schließlich bleibt es bei fünf Mark, mit dem Versprechen, daß der Lehrer X. bei der kommenden Volkszählung sich schon als „evangelisch“ einträgt. Herr X. wird das tun, denn Geschäfte soll man auf Treu und Glauben abschließen.

Und wenn das Geld im Kasten klingt, die Seele vom „Marxismus“ in den wahren Glauben springt.

Tetzel war ein Waisenknabe gegen die neudeutschen evangelischen Apostel des Dritten Reiches.

Wir aber sagen mit Hoffmann von Fallersleben:

O, Knüppel aus dem Sack!  
Aufs Hundepack, aufs Lumpenpack!

### Von Goethe zu Hitler

Der im Bereiche des Bezirksamtes Weidling liegende „Goethe-Park“ soll in „Adolf-Hitler-Park“ umbenannt werden.

### Fritz Klein muß wandern!

„DAZ“ und „Germania“ gleichgeschaltet.

Nun hat auch den bisherigen Chefredakteur der „Deutschen Allgem. Zeitung“, Dr. Fritz Klein, sein Schicksal erreicht. Das Dreimonat-Verbot des Blattes, das wegen seines Artikels über den deutsch-österreichischen Bruderkrieg verhängt worden war, ist nach 17 Tagen wieder aufgehoben worden — aber die wiedererschienene „Deutsche Allgem. Zeitung“ sieht Dr. Fritz Klein als Chefredakteur nicht mehr.

Die „DAZ“ war unter Dr. Fritz Kleins Leitung das Organ einflussreicher Industrie-, Handels- und Schifffahrtskreise, die den Kampf Hitlers gegen die Arbeiterbewegung früher gerne gesehen hatten, jetzt aber, nach Hitlers Machtergreifung, dem „Nationalsozialismus“ kritisch gegenüberstanden. Einige Monate lang genoss Fritz Klein innerhalb der gleichgeschalteten Berliner Journalistik eine bevorzugte Stellung, der Einfluß der hinter ihm stehenden Wirtschaftsmächte und die Tatsache, daß er selber früher schon lebhaft für das Heranlassen der Nazis eingetreten war, verschafften ihm das Recht, sei es auch in verklausulierter Form, eine eigene Meinung zu äußern. So wurde die „DAZ“ zu der deutschen Zeitung, die ein anständiger Mensch lesen konnte, ohne zu erbuchen.

Je toler jedoch das Treiben der neuen Herren wurde, desto schwieriger wurde Kleins Aufgabe. Schließlich übte er an dem idiotischen Skandal des Oesterreich-Konfliktes so deutlich Kritik, daß die Kiste platzte. Der Fall der „DAZ“ beweist, daß im Dritten Reich Kritik an den Machthabern, selbst in der vorsichtigsten Form, nicht möglich ist und daß auch sonst großmächtige Kapitalistenkreise jetzt auf die Freiheit eines öffentlich ausgesprochenen eigenen Urteils verzichten müssen.

Schon lange vor der „DAZ“ hatte das Berliner Zentrumsblatt, die „Germania“, äußerste Vorsicht und Rückhaltung geübt. Aber auch das hat nichts genützt. Der Zentrumsmann Gries hat dem Vertrauensmann Papens, Dr. Ritter, weichen müssen. An Stelle der Arbeitervertreter Giesberts und Ersing kommt der westfälische Baron v. Twickel in den Aufsichtsrat. Die „Germania“ hat aufgehört, ein Zentrumsorgan zu sein.

Gibt es noch immer einen Menschen, der glaubt, unter den heutigen Umständen könne in Berlin ein „Vorwärts“ erscheinen, der seinen Namen verdient?

### Lied der „Zwölf unterwegs“

Von Peter Munk.

Zu singen an Straßenecken, in Kaba-  
retts und Schankstätten jenseits der deut-  
schen Grenzen.

In Nacht und Nebel, den Hut im Gesicht,  
Durch Dörfer und Städte und Straßen,  
Ein Hemd auf den Leib und im Rucksack den  
Haß,

So haben wir Deutschland verlassen.  
Ich bin aus Frankfurt, und ich aus Berlin.  
Ich wollte nach Zürich, und ich nach Wien.  
Zwölf unterwegs, die nicht fragen wohin,  
Zwölf unterwegs durch Europa zieh'n.

Wir sind die Soldaten der großen Armee,  
Die sich sammelt, um weiterzukämpfen,  
Wir sind die Besiegten von gestern und je,  
Wir kämpfen für eine Menschheitsidee  
Und für die Gesellschaft von morgen.  
Mit uns ist die Zukunft, mit uns ist der Geist  
Von Goethe und Lessing und Herder und  
Kleist

Ueber die Grenzen gegangen.  
Zwölf unterwegs und Millionen zu Haus,  
Die halten es nicht mehr in Deutschland aus.  
Die schmeißen den ganzen Krempel hin,  
Zwölf unterwegs durch Europa zieh'n.

Herunter die Maske, herunter den Bart,  
Wir wollen nicht länger kriechen.  
Wir zeigen euch heute, wie Deutschland  
erwacht,

Wir rufen es laut in dunkelste Nacht  
Und spielen, was die uns soufflieren.  
Ich bin Gelehrter und ich Prolet,  
Mich hat man mißhandelt, und mich geschmäht,  
Zwölf unterwegs, verfolgt und bespien,  
Zwölf unterwegs durch Europa zieh'n.

Und wenn auch für uns die Stunde schlägt,  
Und die Stunde ist nicht mehr fern,  
Dann heben wir uns von der Erde auf,  
Dann sind wir nicht Knechte mehr sondern  
Herr'n

Und räumen in Deutschland auf.  
Dann komm ich aus Zürich, und ich aus Wien,  
Dann fahr ich nach Frankfurt, und ich nach  
Berlin.

Zwölf unterwegs, die wissen wohin,  
Zwölf unterwegs durch Europa zieh'n.

Das sind die Soldaten der großen Armee,  
Die sich sammelt, um weiterzukämpfen,  
Das sind die Sieger von gestern und je,  
Sie kämpfen für eine Menschheitsidee  
Und für die Gesellschaft von morgen.

Und wenn auch die Zukunft, und wenn auch  
der Geist  
Von Goethe und Lessing und Herder und  
Kleist

Ueber die Grenzen gegangen —  
Zwölf unterwegs und Millionen zu Haus,  
Die wollen nun nicht mehr aus Deutschland  
raus,

Die ballen die Faust und machen nicht  
schlapp,  
Zwölf unterwegs. Wir rechnen ab!

### Nicht nach Deutschland

Der Sekretär der Kopenhagener Sektion des großen dänischen Arbeiterbildungsverbandes, Ib Kolbjørn, teilt im „Social-Demokraten“ mit, daß die für dieses Jahr vorgesehenen Ferienreisen zum erstenmal Deutschland nicht berühren werden. Die Gaststätten, die die dänischen Arbeiter bisher auf ihren Reisen benützten, sind von den Nazis besetzt worden, Führer, die die dänischen Arbeiter durch Galerien und Museen führten, sind in Schutzhaft. Die nach vielen Hunderten zählenden Reisegesellschaften des dänischen Arbeiterbildungsverbandes werden daher künftig statt nach Deutschland nach anderen nördlichen Ländern und nach Großbritannien reisen.

### Stolz weht die Flagge...

Und ein Grabstein auf dem Judenfriedhof.

Vor 50 Jahren ist das deutsche Flaggenlied „Stolz weht die Flagge schwarz-weiß-rot“ entstanden. Sein Verfasser Robert Linderer hat es damals als Einlage für sein Singspiel „Unsere Marine“ gedichtet, zu der sein Freund Richard Thiele, der Organist an der Berliner Parochialkirche war, die Musik geschrieben hat. Das Singspiel hatte großen Erfolg und die Melodie des Flaggenliedes erwies sich als ein Treffer. Das Lied selbst hat auch in dem „Nationalsozialistischen Volksliederbuch“ Aufnahme gefunden. Die Ruhestätte des Dichters aber ist der jüdische Friedhof zu Weißensee. Zu Häupten seines Grabhügels hat die

Berliner Jüdische Gemeinde ihrem Glaubensgenossen folgende Inschrift gesetzt:

Robert Linderer,  
geb. 25. November 1824,  
gest. 16. Dezember 1886.

Hier ruht der Dichter des Flaggenliedes,  
mit dem die deutschen Matrosen für den  
Sieg und Ruhm des Vaterlandes kämpften  
und starben.

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin.

### Nazis verbieten das Horst-Wessel-Lied.

Amtlich wird aus München gemeldet:

„Das Horst-Wessel-Lied ist neben dem Deutschlandlied im Kampfe um die nationale Erhebung zum Nationallied geworden. In letzter Zeit wurde nun die Wahrnehmung gemacht, daß das Lied mit unterlegtem Text gesungen wird. Der politische Polizeikommandeur Bayerns verbietet daher das Singen des Horst-Wessel-Liedes mit einem anderen Text. Die Polizeibeamten wurden auf das Verbot aufmerksam gemacht mit dem Hinweis, daß bei event. Wahrnehmungen das Absingen des Liedes sofort einzustellen ist. Die verantwortlichen Personen haben mit Festnahmen zu rechnen.“

Auch in anderen Orten haben die Nazis mit dem Zwang zum Singen des Horst-Wessel-Liedes peinliche Erfahrungen gemacht.



# Der Betrug mit dem Vierjahresplan

## Hitler schafft nicht Arbeit, aber Inflation

Das Regime Hitlers zeichnet sich dadurch aus, daß es jedem alles, was er will, verspricht und nichts von alledem hält. Hitler hat feierlich erklärt, daß er ein großes Arbeitsbeschaffungsprogramm besitze: Millionen von Arbeitslosen glaubten, in kurzer Zeit durch ihn in Arbeit zu kommen. Hitler hat einen Vierjahresplan verheißen, aber schon heute zeigt sich, daß er keinerlei neue Wege zu zeigen vermag. Es ist schon längst offenbar geworden, daß sein Regime ohne großen Wirtschaftsplan angstvoll von der Hand in den Mund lebt.

Mit um so größeren Ueberschriften muß die Tagespresse seine Arbeitsbeschaffungsaktion anpreisen. Sein Programm irrscht aber nur lediglich die Pläne früherer Regierungen wieder auf, die 1,2 Milliarden zu gleichen Zwecken ausgegeben hatten. Das heißt dann: „Hitler schafft mit einer Milliarde Arbeit.“

Wenn man das in seiner einzelnen Planung jetzt vorliegende Programm näher anschaut, so sieht man, daß es weniger eine Entlastung des Arbeitsmarktes, als eine Entlastung des völlig zusammengebrochenen Reichshaushalts bedeutet. Alle die Arbeiten, Instandsetzungen und Renovierungen öffentlicher oder privater Bauten, Siedlungen, Flußregulierungen, Wasser- und Energieversorgungen, Tiefbauten und Sachleistungen für Bedürftige, sind zum größten Teil früher durch die öffentliche Hand und die Budgets geleistet worden: Haben nicht die Nationalsozialisten selbst schon früher bei den gleichen Arbeitsprogrammen auf das heftigste Kritik geübt, weil sie von so geringem Umfang seien und nur wenig Arbeitslose in Arbeit zu bringen vermöchten? Haben die Nationalsozialisten nicht über das Papensche Arbeitsbeschaffungsprogramm getobt, weil es lediglich den Unternehmern mit den Steuerscheinen Entlastung bringen sollte, ohne den Arbeitslosen Brot zu geben? Ist aber nicht die Steuerfreiheit des Unternehmertums für Ersatzbeschaffungen das gleiche?

Wenn heute der Unternehmer eine abgewirtschaftete Maschine erneuern muß, so darf er den Betrag an der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer usw. in Abzug bringen. Was aber erhalten die zur Einstellung kommenden Tiefbauarbeiter? Nicht einmal ihren Tariflohn, sondern die Arbeitslosenunterstützung einschließlich einer Zulage von RM. 25.—. Diese befehle aber nicht in bar, sondern in Bedarfsdeckungsscheinen und dazu dann noch „eine warme Mahlzeit“. Die neu eingestellten Arbeiter erhalten also nicht nur ihren vollen Lohn nicht, sondern sie werden noch obendrein zum Lohnrückfänger der in ihrem Gewerbe arbeitenden Arbeiter.

Dagegen angehen können aber die Arbeiter heute nicht mehr. Weder Lohnforderungen sind zugelassen, noch Streikmöglichkeiten gegeben.

Eine gefesselte Arbeiterschaft muß zusehen, wie das Arbeitsbeschaffungsprogramm den Unternehmern nützt,

wenig Arbeitslosen neues Brot bringt und selbst den Brotlaib der übrigen Arbeiterschaft noch verkleinert. Das heißt: „Hitler schafft Arbeit!“ Und die weiblichen Arbeitslosen, die Hunderttausende von Angestellten, Arbeiterinnen, die heiraten möchten, müssen zusehen, daß den noch in Stellung befindlichen Arbeiterinnen RM. 1000.— als Aussteuerdarlehen gewährt werden, während die meisten Arbeitslosen schon seit Jahren die Groschen nicht zusammen bekommen, um einen Hausstand zu führen. Es geht hierbei also nicht um eine allgemeine soziale Hilfe bei Eheschließungen, wie das Programm in nationalen Tönen verkündet, sondern lediglich um die Freimachung von Arbeitsplätzen wohl für die „Pgs.“ von 1—100.000.

Die Arbeitsdienstpflicht ist nicht ernsthaft als Arbeitsbeschaffung zu werten. Sie ist lediglich eine Einrichtung, die für befristete Zeit einen Teil der jugendlichen Arbeitslosen aus dem Arbeitsmarkt und aus der Statistik herausnimmt, etwa den Teil, der früher durch das stehende Heer gebunden wurde. Aber auch diese Arbeitsdienstpflichtigen verursachen Kosten und müssen aus dem Sozialprodukt ernährt werden, zu dem sie ernsthaft nichts beitragen. Das ist lediglich eine Verschiebung der Kosten auf ein anderes volkswirtschaftliches Konto.

Trotz aller feierlichen Versprechungen, daß die deutsche Währung stabil gehalten werden solle, geht bereits in den breiten Massen des Volkes die Inflationsfurcht um. Sie wird genährt durch die immer wiederkehrenden Vorschläge der Anhänger der NSDAP., daß nur eine deutsche Binnenwährung durch Ausgabe von mehreren Milliar-

den neuer Zahlungsmittel Deutschland vor dem Elend retten könne. Sie wird gesteigert dadurch, daß man in den Kreisen der Wirtschaft schon ganz allgemein annimmt, daß die Mark dem künftigen Stand des Dollars angeglichen wird. Schon werden Angstklänge geäußert. Schon melden sich großagrarische und großindustrielle Interessenten an der neuen Abwertung. Sie erklären, daß sie künftig ihre Schuldzinsen nur nach dem Stand des Dollars zahlen werden, da die Banken die Zahlungen ihrer Dollarschulden ebenfalls nur nach dem Stand des Dollars leisten. Und man spielt schon mit dem Gedanken immerwährender Preissteigerungen, weil in einem Lande, das erst vor wenigen Jahren seine bittersten Erfahrungen mit dem Mechanismus der Inflation gemacht hat, eine 20-prozentige Abwertung der Mark ernsthafteste wirtschaftliche Erschütterungen hervorrufen muß. Wenn nun gleichzeitig mit der Abwertung der Mark neue Zahlungsmittel in den Umlaufverkehr des Reiches hineingepumpt werden sollen, so wird die Angstpsychose vor der Inflation ins Maßlose gesteigert werden und dann wirklich die Schrecken der Inflation mit sich bringen.

Die Inflation würde das Elend der Kleinen vollenden. Wohl würde es möglich sein, mit dem Hineinpumpen von Milliarden neugeschöpfter Zahlungsmittel in die Wirtschaft eine inflationistische Scheinkonjunktur von vorübergehender Dauer, eine Erhöhung des Beschäftigungsgrades herbeizuführen. Aber das Volk müßte dafür bezahlen mit einer Zerstörung von Einkommen und Vermögen und der Grundlage der Produktion und des Volksvermögens, wie wir sie aus dem Jahre 1923 kennen. Hinter der ganzen Scheinblockade folgt das endgültige Stocken der Produktion, folgt der Absturz; die völlige Störung aller wirtschaftlichen und aller Marktbeziehungen, das Stocken des Aufkaufs, das Versorgen der Bevölkerung, jener Zustand, der einst mit den Worten charakterisiert wurde, das Volk hungert bei vollen Scheunen.

Bezahlen müssen für solche Pläne des Hitlerregimes vor allem die Arbeiter!

Wir haben erfahren, daß bei raschem Tempo der Inflation selbst die kurzfristige Anpassung der Löhne an den Preisstand nicht hinreichend ist, um die Arbeiterschaft vor völliger Entwertung des Reallohns zu schützen; wir wissen, daß im Höhepunkt der Inflation der Lohn einer ganzen Arbeitswoche nicht ausreichte, um auch nur einen Laib Brot zu kaufen. Dem Unternehmer das volle Arbeitsprodukt, dem Arbeiter aber ein Nichts! Auf dem Höhepunkt der Inflation arbeitet der Arbeiter umsonst!

Aber selbst wenn es der Reichsbank gelingen sollte, mit Hilfe der auswärtigen Notenbanken die abgewertete Mark auch im Innern auf dem international vereinbarten Stabilisierungskurs zu halten und damit die weitergehende Inflationsgefahr zu bannen, so bedeutet die Abwertung an sich doch ein für alle-

mal eine beträchtliche Schmälerung des Einkommens der Lohn-, Gehalts-, Renten- und Wohlfahrtsempfänger. Denn der Angleichung der Löhne an ein steigendes Preisniveau hat die Hitlerregierung einen festen Riegel vorgeschoben. Sie hat nicht nur die aus den Arbeitergroschen erstellten Einrichtungen der Arbeitergewerkschaften einfach geraubt, sie hat darüber hinaus die Gewerkschaften zerstört. Sich selbst hat sie zum Herren der Tarifpolitik gemacht.

Die sogenannten Treuhänder der Arbeiter haben ein eisernes Fallgitter vor jeden Versuch der Arbeiter niedergelassen, ihre Lebenshaltung und ihren Reallohn zu verteidigen.

Die Absicht ist, den Nominallohn auf seinem jetzigen Niveau zu behaupten, den Reallohn aber durch die Abwertung der Mark noch einmal um 20 Prozent zu senken.

Wenn aber der inflationistische Prozeß der Kontrolle des Regimes entgleitet, dann wird der Sturz des Reallohns ins Bodenlose gehen!

Was für die Arbeiterschaft gilt, das trifft ebenso auch auf die Sozialrentner und die Arbeitslosen zu! Die Inflation wird die Form des Krieges gegen alle diese Schichten sein. Die Erfahrungen mit der letzten Inflation lehren, daß es keine agitatorische Uebertreibung ist, wenn man feststellt, daß diese Schichten durch den inflationistischen Prozeß dem Hungertod preisgegeben werden.

Auch der Mittelstand wird durch Entwertung der Mark — sei sie einmalig oder fortschreitend — abermals in schwerste Krisen geworfen. Das im demokratischen System Schritt für Schritt zurückgewonnene Vertrauen der Sparer wird aus schändlichste enttäuscht werden — die teilweise, wenn nicht völlige Enteignung aller Spargelder und Sparvermögen steht wieder vor der Tür, die Verelendung der Rentnerschichten, die Vernichtung des kleinen Betriebskapitals, der Kleingewerbetreibenden. Diesen Schichten hat das Hitlerregime Existenzsicherheit und ausreichende Nahrung versprochen — heute schon wieder bedroht es diese Schichten mit Existenzvernichtung und Enteignung.

Ebenso wenig sind die Beamtengehälter vor absoluter Entwertung geschützt! Die Etatschwierigkeiten des Regimes haben ohnehin einschneidende Pläne zu einer neuen drakonischen Senkung der Beamtengehälter bis spätestens im Herbst angezeigt. Wird der Versuch gemacht, mit inflationistischen Mitteln über die Etatschwierigkeiten hinwegzukommen, so wird an die Stelle einer einmaligen Senkung der Beamtengehälter ein endloser Prozeß einer dauernden Entwertung treten.

Aus dem berühmten Vierjahres-Plan Hitlers wird dabei ein Vernichtungsplan werden, der zu seiner Vollendung keine vier Jahre brauchen wird! Betrug an der Arbeiterschaft, Betrug am Mittelstand, Betrug an den Beamten, Betrug an den Sparern — das ist der Schluß!

## „Arbeitsfront“ gegen Arbeiter

### Ley sabotiert die 40-Stundenwoche

Die Nationalsozialisten haben sich auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf selbst das Denkmal des Arbeiterverrats auf die Stirn gedrückt. Sie haben im Bunde mit den Unternehmern und den Regierungsvertretern die sofortige Einführung der 40-Stundenwoche abgelehnt!

Mit 69 gegen 55 Stimmen lehnte die Konferenz einen Vorschlag ab, im Dringlichkeitsverfahren sofort die Ausarbeitung eines internationalen Abkommens über die Einführung der 40-Stunden-Woche vorzunehmen. Die Konferenz beschloß mit 86 gegen 22 Stimmen auf der Konferenz lediglich durch den Ausschuß für die Arbeitszeitverkürzung einen Fragebogen auszuarbeiten, der den einzelnen Regierungen zur Stellungnahme zugehen soll und der die Grundlage für die Ausarbeitung eines internationalen Abkommens über die Arbeitszeitverkürzung auf der nächstjährigen Konferenz geben soll.

Die deutschen Regierungsvertreter, Arbeitgeber und Arbeitnehmer stimmten geschlossen gegen das Dringlichkeitsverfahren und erklärten sich für die Verschiebung der Entscheidung auf die nächstjährige Konferenz. Die Arbeitergruppen der anderen Länder stimmten auf der Konferenz für das Dringlichkeitsverfahren zur sofortigen Ausarbeitung des 40-Stunden-Abkommens, während die Arbeitgebergruppe und die Mehrzahl der Regierungsvertreter entsprechend dem deutschen Standpunkt die jetzt angenom-

mene Verschiebung der Frage auf die Internationale Arbeitskonferenz von 1934 forderten.

Selbst die Arbeitervertreter des faschistischen Italiens stimmten geschlossen mit den Arbeitervertretern der aderen Länder — aber die sogenannten „Arbeitervertreter“ aus Hitler-Deutschland mit dem Dr. Ley an der Spitze, haben gemeinsame Sache mit den Unternehmern gemacht!

Damit ist der sogenannten „deutschen Arbeitsfront“ die Maske heruntergerissen. Sie ist ein Instrument zur Vergewaltigung der Arbeiterinteressen, sie dient den reaktionären Absichten des Unternehmertums.

Ley und Konsorten haben die Arbeiterorganisationen gestohlen. Sie haben aus den Gewerkschaften Organe zur Verhinderung des Gesinnungskampfes der Arbeiter gemacht. Die sogenannte „deutsche Arbeitsfront“ ist nichts anderes als eine allumfassende Unternehmerorganisation — mit dem Gelde der Arbeiterschaft!

Ihre erste Tat bestand darin, daß nach der „Gleichschaltung“ der Gewerkschaften den Unternehmern mitgeteilt wurde, daß sie auf lange Zeit hinaus keine Störungen durch Lohnerhöhungen zu befürchten hätten!

Ihre zweite Tat ist die Sabotage der Vierzigstundenwoche auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf — gegen

den Willen der Arbeiterschaft der ganzen Welt, gegen den Willen der deutschen Arbeiterschaft!

Unter dem dreisten Vorgehen, die deutsche Arbeiterschaft zu vertreten, haben die Ley und Konsorten in Genf sich als Handlanger des internationalen Unternehmertums gebürdet. Sie haben das Mandat der deutschen Arbeiterschaft stohlen, um es gegen die Arbeiterschaft zu verwerten!

Die deutsche Gegenrevolution hat damit ihr ureigenstes sozialreaktionäres Gesicht ohne Maske gezeigt! Es gehört nur noch mit zum Bilde, daß die famose Delegation schließlich mit großem Gestank aus Genf herausfuhr, um nacher im Berliner Lustgarten über das internationale Arbeitsamt als eine „Giftbude“ zu schimpfen.

## Fiasko des „Fettplans“

### Ist das der „deutsche Sozialismus“?

Um den Vierjahresplan Hitlers ist es sehr still geworden. Niemand redete oder schreibt über ihn. Hinter verschlossenen Türen ohrfeigt man sich, daß man diese geistige Anleihe bei den Bolschewisten gemacht hat. Die Enttäuschung wächst um so mehr, weil der „Fettplan“ das erste und einzige Stück des Vierjahresplanes, das verwirklicht wurde, nicht nur zu einer schweren Schädigung der Verbraucher, sondern auch zu einem völligen Fiasko für die Bauern geführt hat.

Der „Fettplan“ sah vor, daß die Erzeugung an Margarine eingeschränkt und der Preis durch die Einführung einer Steuer von 25 Pfg. pro Pfund verteuert werden sollte. Mit dem Erlös aus dieser Steuer sollten bedürftige Verbraucher Margarine zu einem verbilligten Preis erhalten. Das Ganze diente dem Zweck, den Verbrauch von Butter zu heben, den Preis zu steigern und den Bauern höhere Erlöse zu verschaffen.

Nichts von diesen Erwartungen ist eingetroffen. Die im deutschen Industrie- und Handelstag vertretenen Wirtschaftskreise haben kürzlich festgestellt,

daß „eine ausreichende Versorgung der minderbemittelten Bevölkerungskreise mit Fetten zu erträglichen Preisen nicht mehr gegeben ist“.

Derselben Meinung sind die Bauern. Auch sie sind von der bisherigen Entwicklung der Dinge am Buttermarkt schwer enttäuscht. Zwar waren zunächst die Preise von 80 Mk. pro Zentner auf 120 Mk. angestiegen. Aber sehr schnell trat ein Rückschlag ein. Der Preis im Großhandel liegt wieder um 100 Mk. Die Bauern haben überhaupt nicht viel von der Preissteigerung verspürt.

Selbst das gleichgeschaltete „Berliner Tageblatt“ gibt zu, daß der Fettplan nicht nur ein vollkommenes Fiasko für die Bauern, sondern schweren Schaden für die Verbraucher gebracht habe. ♣

Irgend einen Ausweg aus diesem wüsten Durcheinander hat man bisher nicht gefunden. Es ist eben leichter zu reden, als zu handeln. Und wenn man handelt, so kommt dabei kaum etwas anderes heraus als verschärfter Druck und neues Elend für die gequälten, jeder Bewegungsfreiheit beraubten Massen.

## „Treuhänder der Arbeit“

### Unternehmer diktieren den Lohn.

Die Hitlerregierung hat dieser Tage die „Treuhänder der Arbeit“ ernannt, die — ausgestattet mit ungeheuren Machtvollkommenheiten — die Lohn- und Arbeitsbedingungen von Millionen deutschen Arbeiter und Angestellten zu regeln haben werden. Die Liste der Ernannten enthält elf Namen und wird eingeleitet von dem Grafen von der Goltz, Chefsyndikus des Pommerschen Landbundes, der reaktionärsten landwirtschaftlichen Arbeitgeber-Organisation Deutschlands.

In Westdeutschland ist „Treuhänder der Arbeit“ Dr. Josef Klein, bisheriger Sozialsekretär bei JG-Farben. In Mitteldeutschland führt ein anderer Angestellter derselben Gesellschaft, der Geschäftsführer der mitteldeutschen chemischen Industrie das Szepter. In Norddeutschland regiert der bisherige Syndikus der Lübecker Handelskammer. Von den elf sind sechs bisherige Unternehmerangestellte. Zwei andere, Nagel und Börgner sind gleichfalls auf Vorschlag der Unternehmer ernannt, sie sind bisher von den Gewerkschaften aller Richtungen wegen ihres sozialen Unverständnisses bekämpft worden.



# Die Aufgaben der Emigration

Von Friedrich Adler

In den „Internationalen Informationen“ veröffentlicht Gen. Friedrich Adler einen Aufsatz über „Die Aufgaben der Emigration in der vergewaltigten Partei“. Darin führt er u. a. folgendes aus:

Wie tiefgreifend die Wendung ist, die nun erfolgt, tritt schon darin zutage, daß seit 1890, seit dem Fall des Sozialistengesetzes, ununterbrochen und unbestritten die gleichen Formen der Parteilinie in Geltung waren, weshalb sie der jüngeren Generation geradezu als die selbstverständlich gegebenen erscheinen mußten.

## Die neuen Methoden des Kampfes,

die Methoden der Organisation, die die Aufrichtung der faschistischen Diktatur erfordert, bedeuten daher gerade für deutsche Sozialdemokraten einen tiefgreifenden Umstellungsprozeß. So wird es begreiflich, daß der Wunsch, die alten Arbeitsmethoden doch irgendwie erhalten zu können, zunächst dazu führte, daß man auf jede scheinbare Nachgiebigkeit der faschistischen Gewalthaber Hoffnungen setzte, daß man sich der Illusion hingab, die verbotenen Zeltungen wieder erhalten zu können, ja sogar den Parteiapparat bei genügender Vorsicht für eine, wenn auch beschränkte Tätigkeit konservieren zu können.

Der Kampf zwischen der Hoffnung auf Erhaltung des alten Apparates und der Einsicht, daß die alten Methoden unmöglich geworden, hat in jedem einzelnen deutschen Sozialdemokraten stattgefunden und ist bei vielen noch immer nicht endgültig ausgefochten. In diesem Kampf hat die

## Scheitern vor Emigrantenpolitik

eine weit größere Rolle gespielt, als bei sozialistischen Parteien anderer Länder und als bei der deutschen Sozialdemokratie selbst, als sie unter Bismarcks Sozialistengesetz zum erstenmal ihre Leitung und ihr Zentralorgan ins Ausland verlegen mußte. Die Erinnerung an dieses Heldenzeitalter der Partei ist bei sehr vielen heute nicht mehr lebendig und daraus erklärt sich zum großen Teil das Unverständnis für die Notwendigkeiten von heute, wo ein Verfolgungssystem in Deutschland aufgerichtet wurde, gegen das die Bismarckschen Schurkereien geradezu harmlos erscheinen.

Als wir wenige Tage nach Hitlers entscheidenden Wahlsieg die Gedächtnisfeier des fünfzigsten Todestages von Karl Marx begingen, da wurde uns die Lage der deutschen Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz aufs eindrucksvollste bewußt, als wir uns erinnerten, daß der Bericht über die Totenfeier ihres größten Vorkämpfers, der die größere Hälfte seines Lebens im Exil verbracht hatte und als Emigrant gestorben war, nur im Ausland, im „Sozialdemokrat“ in Zürich, erscheinen konnte und daß die deutsche Partei ihre Gedächtnisfeier wenige Wochen später auf ihrem Parteitag in Kopenhagen halten mußte. In der Tat, wer sich an jene Periode erinnert, wer weiß

daß die deutsche Sozialdemokratie alle ihre Parteitage — auf Schloß Wyden, in Kopenhagen, in St. Gallen — nur im Ausland abhalten konnte,

wer sich der Bedeutung des geistigen Zentrums, das der „Sozialdemokrat“ in Zürich und nach seiner Vertreibung aus der Schweiz in London darstellte, bewußt ist, wird keinen Moment an der Wichtigkeit der Emigrantenpolitik zweifeln können. Man lese heute wieder in Mehrings „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“ den Abschnitt „Unter dem Sozialistengesetz“ und man wird über die Aufgabe der Emigration in der vergewaltigten Partei reichlich Aufklärung finden. Man wird dort aber auch sehen, wie sich auch damals der Übergang zu den neuen Methoden der Parteilinie nur zögernd, mit schwersten inneren Hemmnissen vollzog, so daß Mehring dem ersten Kapitel seines Abschnittes über das Sozialistengesetz den Titel gab: „Ein Jahr der Verwirrung“. Als ob es über die heutige Zeit geschrieben worden wäre, lesen wir dort:

Viele Parteimitglieder glaubten, wenn nur der erste Ansturm ausgetobt habe, würde wieder ein aktives Vorgehen möglich sein...

Sie richteten ihr Hauptaugenmerk darauf, den unnatürlichen Haß, der in den neutralen Schichten der Nation gegen die Sozialdemokratie herangezogen worden war, durch kluge Zurückhaltung zu entwahnen, und sie fürchteten, daß er aus der rücksichtslosen Sprache ausländischer Blätter neue Nahrung saugen würde... Die Notwendigkeit und Nützlichkeit eines ausländischen Blattes wurde deshalb nicht eigentlich bestritten, aber man meinte, es sei noch viel zu früh, damit vorzugehen. Seine erste Folge würden neue Verfolgungen sein... (Mehring: „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“, 2. Teil, Seite 408 ff., Stuttgart 1898.)

Die deutsche Sozialdemokratie hat unter dem Sozialistengesetz nahezu ein Jahr gebraucht, bis sie sich zur Herausgabe des „Sozialdemokrat“ in Zürich entschloß.

In jeder vergewaltigten Partei sind immer wieder Gegensätze zwischen den Genossen im Inland und den Genossen im Ausland entstanden, und diese Gegensätze werden auch der Arbeiterschaft Deutschlands nicht erspart bleiben. Schon in diesen wenigen Monaten hörten wir immer wieder, daß die Genossen, die in Deutschland geblieben waren, erklärten, die Emigration könne die Lage im Lande nicht beurteilen und umgekehrt konnte die Emigration stets betonen, daß die Genossen

in Deutschland keine Ahnung davon haben, wie die Dinge vom Ausland her aussehen. Und in der Tat wußte die Arbeiterschaft in Deutschland bei der vollständigen Ausschaltung aller Meinungsfreiheit nahezu nichts von dem, was in der Welt, und am allerwenigsten von dem, was in Deutschland selbst vorging.

In einer späteren Periode werden die Genossen in der Emigration immer wieder von den Genossen, die im Inland arbeiten, zu lernen haben. Vorläufig steht es aber anders. Die Genossen, die ins Ausland kamen, haben stets sehr rasch erkannt, daß alle Versuche der Anpassung an das Gewaltregime zum Scheitern verurteilt

sind, daß die Sozialdemokratie unter Hitler ihre legale Tätigkeit nicht fortsetzen kann, daß sie zu einer vollständig neuen Organisation der Parteilinie übergehen muß. Die Genossen in Deutschland mit dieser Erkenntnis zu erfüllen, ist die Arbeit, die die Emigration vor allem jetzt zu leisten hat.

Aber die Lage der deutschen Arbeiterbewegung ist eine durchaus andere, als sie jemals nach einem Siege der Reaktion in Erscheinung trat. Es wäre eine höchst verhängnisvolle Vogelsträuberei, wenn wir uns nicht klarmachen wollten, daß das Vertrauen der deutschen Arbeiterschaft zu ihrer Führung durch die entsetzliche Niederlage, die sie erlitten, eine schwere Erschütterung erfahren hat, daß diese Vertrauenskrise gleichermaßen die sozialdemokratische wie die kommunistische Führung trifft, ja, daß darüber hinaus, was weit gefährlicher, eine Erschütterung der Siegeszuversicht der Arbeiterklasse und damit eine Erschütterung ihrer Kampf-

fähigkeit stattgefunden hat. Alle Anpassungsversuche in Deutschland, die Wahnsinnstaktik der Gewerkschaften, die dem Feinde die Festungen der Arbeiterklasse möglichst wohlhalten auslieferte, die Wahnsinnstaktik eines Teiles der Parlamentsfraktion, die, anstatt Hitler zu demaskieren, ihm die Mauer machte, haben die Verwirrung in der Arbeiterschaft weiter gesteigert, das Vertrauen weiter erschüttert. Das Schlagwort taucht auf, daß der Generalstab der Partei, der die Schlacht verloren, „vor das Kriegsgericht“ gehöre. Mit solchen Redensarten ist sehr wenig getan. Sicher soll niemand seiner Verantwortlichkeit entoben werden. Aber das Gericht über die Fehler der Vergangenheit hat nur soviel Wert, als daraus Erkenntnis entspringt für den Neuaufbau der Zukunft. Und daher ist die brennende Aufgabe von heute eine ganz andere, als sie in diesen Stimmungen Ausdruck findet. Nach dem großen Zusammenbruch der Arbeiterbewegung in Deutschland haben wir mit dem größten Ernst zu untersuchen, was in der Zukunft werden soll.

Alle Probleme der Arbeiterbewegung sind durch den Sieg des Faschismus neu gestellt.

Der Weg, den die Arbeiterklasse zu gehen hat, die Möglichkeiten des proletarischen Klassenkampfes müssen von Grund aus neu untersucht werden. Eine geistige Klärung, die wegweisend für die Zukunft ist, muß in der internationalen Arbeiterbewegung stattfinden. An dieser großen Arbeit mitzuwirken, gehört zu den wichtigsten Aufgaben der deutschen Emigration.

# Bayern unterm Hakenkreuz

## Mittelständler demonstrieren

Aus Bayern wird uns geschrieben:

Die Enttäuschung, über den Hitlerismus wächst auch in Bayern von Tag zu Tag. Eine der Organisationen die der derzeitigen bayrischen Regierung wohl am meisten Schwierigkeiten bereitet, ist der Kampf Bund des Mittelstandes zur Bekämpfung der Konsumvereine und Warenhäuser, unter Leitung des Nazimannes Sturm. Sturm hat die ganze Zeit vor dem Putsch die kleinen Geschäftsleute in eine Organisation gepreßt mit der Versicherung, daß im Augenblicke der Machtergreifung durch Hitler mit den Konsumvereinen, Warenhäuser und Einheitspreisgeschäften Schluß gemacht werde, und alle diese Leichtgläubigen sehen sich nun bitter enttäuscht.

Schon wenige Wochen nach dem Umsturz bewegte sich

ein Demonstrationzug von etwa 6000 Mittelständlern

durch die Straßen Münchens und in einer einstimmig gefaßten Resolution wurde erklärt, daß man den Kampf gegen die Regierung so lange fortführen werde, bis sie dem Mittelstand gegenüber die gegebenen Versprechungen einlösen werde. Die Stimmung unter den kleinen Geschäftsleuten wurde noch erheblich verschärft, als Herr Himmeler, der Führer der politischen Polizei Bayerns wegen Ueberschreitung des Butterpreises einige hundert Geschäfte schließen und deren Inhaber ins Konzentrationslager nach Dachau bringen ließ.

Anfang dieses Monats fand in einem großen Saal Münchens eine Versammlung der Mittelständler statt, zu der man den Innenminister Wagner zitiert hatte. Schon bei Eröffnung der Versammlung ging es sehr stürmisch zu. Die Anwesenden erklärten, sie brauchten keinen Saalschutz und verlangten die Entfernung der anwesenden SA. Kaum hatte Wagner das Rednerpult betreten, als ihn die Versammlung auspliff und ihm zurief: Ihr habt die Verkehrten nach Dachau geschickt, man sollte Euch nach Dachau bringen! „Schickt uns Männer mit Köpfen, aber keine Lausbuben!“ Schließlich wurde die Empörung im Saale so groß, daß Ueberfallkommandos und bereitgestellte SA. einschreiten mußten. Aber auch jetzt trat noch keineswegs Ruhe in der Versammlung ein und schließlich erklärte der Herr Innenminister „wem's nicht paßt, der kann gehen“, worauf mehr als ¼ der Mittelständler den Saal verließen.

Am nächsten Tage war Herr Sturm, der bayrische Kampf Bundführer, seines Postens enthoben. Damit aber, daß ein Sündenbock in die Wüste geschickt wurde, ist die Ruhe noch lange nicht hergestellt.

## Blutiger Gesellentag

Die katholischen Gesellenvereine hatten nach München eine Tagung einberufen, die jedoch zunächst verboten wurde. Daraufhin entschloß man sich, Herrn Vizekanzler von Papen das Hauptreferat bei dieser Tagung zu übertragen, aber auch dadurch ließen sich die bayrischen Nazibehörden nicht dazu bewegen, die Tagung zu genehmigen. Herr von Papen fuhr darauf per Flugzeug nach München und erreichte in langwierigen persönlichen Verhandlungen, daß die Abhaltung der Veranstaltung bewilligt wurde, jedoch wurden eine Reihe von Auflagen gemacht, zu deren Einhaltung von Papen sich verpflichten mußte.

Schon mehrere Tage vor dem festgesetzten Termin machten SA-Leute Stimmung gegen die Gesellentagung und versäumten nicht, auf die Volksschädlichkeit des Treibens der katholischen Priester hinzuweisen. Diese Hetze blieb dann auch nicht ohne Folgen. Schon den Ankömmlingen der ersten Extrazüge wurden am Bahnhof die orangefarbenen Hemden ausgezogen und in der ganzen Stadt setzte planmäßig eine wüste Verfolgung der katholischen Gesellen ein. Insbesondere deren Führer, die in der Hauptsache kath. Priester sind, wurden von der Straße weg in die Hausflure geschleppt und dort mißhandelt, andere in die Cafés und Restaurants verprügelt. Die Dekorationen in verschiedenen Straßen, durch die sich der Festzug bewegen sollte, wurden von SA-Leuten heruntergerissen und die Emailschilder am katholischen Gesellenhaus zerschossen.

Am Sonntag fand die Tagung, die bis Montag abends dauern sollte, ein jähes Ende. Der Festzug wurde an verschiedenen Stellen von SA. überfallen und die Zugsteilnehmer mit Hieb- und Stichwaffen aufs schwerste mißhandelt.

Etwas 20 schwerverletzte Gesellenvereinsmitglieder mußten in die Krankenhäuser gebracht werden; unter ihnen befanden sich auch schweizer und österreichische Staatsangehörige.

Verschiedene Feststeilnehmer erlitten erhebliche Stichverletzungen und Knochenbrüche, einem Priester wurde ein Arm abgeschlagen. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen unter den Verhafteten befanden sich auch etwa 20 österreichische Staatsangehörige, bei denen man zum Teil Heimwehrausweise vorfand. Im Verlauf der Schlägereien wurde ein SS-Mann in die Isar geworfen. 24 Stunden früher als geplant, brachten die Sonderzüge die Teilnehmer der erhebenden Feler wieder in ihre Heimat.

## Mord und Folter in Dachau

Die Zustände im Konzentrationslager Dachau bei München wachsen sich immer mehr zu einer Kulturschande ersten Ranges aus. Alle Augenblicke werden dort

wehrlose Menschen „auf der Flucht“ erschossen.

In Wirklichkeit kann keiner der Bedauernswerten an eine Flucht denken; denn das Konzentrationslager ist mit einer hohen Mauer umgeben, hinter der sich ein etwa 10 m breiter Raum befindet, der des Nachts taghell beleuchtet ist und der wiederum durch einen mit elektrischen Hochspannungsstrom geladenen 2 m hohen Stacheldrahtzaun gesichert ist. Von den in der letzten Zeit in Dachau Erschossenen sind mir noch in Erinnerung ein Herr Benario, Rechtsanwalt Alfred Strauß, Rechtsanwalt Siegel, der frühere Syndikus des Münchner Kaufhauses Uhlfelder, ein Rechtsanwalt Aron, der kommunistische bayrische Landtagsabgeordnete Götz, sowie das Mitglied der KPD, Freiburger und der frühere Angestellte bei der Gauleitung der NSDAP, der Kaufmann Wendt. Alle wurden „auf der Flucht“ erschossen. Bezüglich des Abgeordneten Dresel, des Vorsitzenden der Landtagsfraktion, wurde im „Völkischen Beobachter“ erklärt, daß Dresel sich im Konzentrationslager Dachau innerlich derart umgestellt habe, daß er aus Scham über seine frühere politische Einstellung sich die Pulsader geöffnet habe.

In Wahrheit wurde Dresel von den entmenschten SA-Leuten, die das Lager bewachen, buchstäblich zu Tode geprügelt.

Die Leiche des Dresel, die entsetzlich zugerichtet war, warf man dem gleichfalls in Dachau befindlichen kommunistischen Abgeordneten Bäumler vor die Füße und erklärte ihm, daß es ihm morgen genau so ergehe.

Die Erschießungen in Dachau haben einen so großen Umfang angenommen, daß die umliegenden Gemeinden in Eingaben an den bayrischen Innenminister Wagner gebeten haben, man möge für das Konzentrationslager Dachau einen eigenen Friedhof errichten, weil auf den Friedhöfen der kleinen Gemeinden nicht genügend Platz sei, für alle jene, welche in Dachau erschossen werden.

Zur Zeit befinden sich sämtliche Stadträte der sozialdemokratischen Partei und deren Ersatzleute in Dachau, wo sie den schwersten Mißhandlungen ausgesetzt sind. Sie werden auf Tische geschnallt und geschlagen.



# Es gibt keine Greuel . . .

## Erlebnisse eines englischen Journalisten.

Der englische Journalist Geoffrey Fraser schildert im Pariser „Intransigent“ („Der Unversöhnliche“) seine Erlebnisse in deutschen Gefängnissen. Fraser war verhaftet und, nach verschiedenen Zwischenstationen in das Horst-Wessel-Haus gebracht worden. Dort wurde er viele Stunden herumgeschoben, mußte immer wieder warten, wurde mit albernen Fragen heimgesucht, bis er endlich zu einem richtigen Verhör kam. Dieses leitete ein gewisser Kommissar Schultze, der ein großes Hakenkreuz trug, aber nicht in Deutschland, sondern in Bloemfontein (Südafrika) geboren war. Nach seiner weiteren Angabe hatte dieser Schultze im Weltkrieg auf der britischen Flotte gedient und war längere Zeit in Malta stationiert. Fraser vermutet, daß Schultze schon damals, wie heute, für den deutschen Nationalismus gearbeitet habe, also ein Spion gewesen sei.

Endlich, nachdem er 30 Stunden lang kein Auge geschlossen und nichts anderes verzehrt hatte als ein mitgenommenes Brot, wurde Fraser in eine Gefangenzelle am Alexanderplatz gebracht, in der sich bereits 48 Gefangene aller Gesellschaftsschichten befanden. Als er kam, sprachen fünf Verhaftete gerade französisch. Es waren aber deutsche Intellektuelle, die nur französisch sprachen, um nicht von den Spitzeln verstanden zu werden, die in jede Zelle gesteckt wurden. Die Fünf waren verhaftet, weil nach einer Nazi-legende die Oppositionsparteien sich in Führergruppen organisierten. Da sie sich zu fünf getroffen hatten, waren sie hinreichend verdächtig.

Unter den Insassen dieser Zelle, alten und jungen Menschen, Sozialdemokraten, Kommunisten, auch Leuten, die sich niemals mit Politik befaßt hatten, gab es viele mit zerschlagenen Gesichtern und blutigen Köpfen.

Da gab es z. B. einen kleinen, armen, krummen und schon greisenhaften Polen, einen Händler, der seinem Bruder in Warschau geschrieben hatte, Hitler lasse die Juden verfolgen. Ihn hatte die SA so geschlagen, daß er das Bewußtsein verloren hatte. Ein anderer Pole hatte den Kopf an mehreren Stellen eingebenit. Einem sozialdemokratischen Stadtverordneten war der untere Teil des Gesichts in eine blutige Masse verwandelt worden. Einem jungen Menschen hing das halbe Ohr in Fetzen herunter. Anderen hatte man die Finger gebrochen usw.

In verschiedenen Nazikasernen, wo man die Verhafteten „gekocht“ hatte, waren die Führer so vorsichtig, ihren Opfern nur solche Verletzungen beizubringen, die man bei ihrem Weitertransport auf der Straße nicht sehen konnte. Vor der Folterung hatten sich die Häftlinge ausziehen müssen. Mehrere von ihnen zogen sich nun in der Zelle nochmals aus, um ihren Zustand zu offenbaren. In zwei Fällen hatte man derartigen Sadismus getrieben, daß — nach Fraser — „auch nicht die leiste Andeutung in der Presse möglich ist.“ Fast alle hatten am Körper Wunden von Schlägen mit Gummi- und Metallinstrumenten. Ihre Rücken waren in unbeschreiblichem Zustand, das rohe Fleisch trat zutage.

Fraser sagt dazu: Torquemada und Caligula müßten vor Neid erblassen, wenn sie die Opfer der raffinierten und erfindungsreichen Grausamkeit der Mannen des deutschen Reichskanzlers sehen könnten.“

## Ein Däne im Konzentrationslager.

Der Kopenhagener „Social-Demokraten“ vom 16. d. M. veröffentlicht den Bericht des 37jährigen Maurers Johan Steenberg über seine Erlebnisse in den Gefängnissen und Konzentrationslagern Hitler-Deutschlands. Steenberg ist im deutsch-dänischen Grenzgebiet zu Hause, er hat 7 1/2 Jahre in der deutschen Armee gedient, davon 4 Kriegsjahre und er ist dreimal erheblich verwundet worden. Er ist jedoch dänischer Staatsbürger.

Steenberg erzählte der Redaktion des „Social-Demokraten“: Es ging mir so wie vielen anderen. In der Nacht des Reichstagsbrandes wurde ich morgens 4 1/2 Uhr in meiner Wohnung in Herne-Westf. verhaftet und in das Zentralgefängnis Bochum gebracht, wo ich bis zum 22. März bleiben mußte. Dann wurde ich in das Konzentrationslager Senne bei Paderborn überführt.

Auf die Frage, wie er sich seine Verhaftung erkläre, antwortete Steenberg, daß er keinen anderen Grund wisse als den, seit dem Kriege Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, nachher auch Reichsbannermann und Führer der örtlichen Jugendgruppe gewesen zu sein.

Das Leben in den Konzentrationslagern stellt er vollkommen demjenigen im alten Rekrutendienst gleich. Morgens 5 Uhr eine Stunde Gymnastik, 7 Uhr Kaffee und margarinegestrichenes Brot, darauf Arbeit bis 12 Uhr und dann „Frühstück“, dasselbe wie morgens. Darauf von 1 bis 3 Uhr exerzieren, Mittagessen und von 4 bis 6 Uhr Sport. Die weitere Zeit bis 9 Uhr war „frei“, aber es konnte keineswegs jeder tun was er wollte, man wurde vielmehr bis 9 Uhr ständig in Anspruch genommen und dann mußte man schlafen gehen.

Die Zahl der Lagerinsassen gibt Steenberg auf zirka 900 an, davon 30 Frauen. Unter den Gefangenen waren 180 Sozialdemokraten, die übrigen Juden oder Kommunisten, auch Mitglieder anderer Parteien, darunter Zentrumsleute.

### Geprügelt wurden Gefangene täglich,

das war geradezu schon eine offizielle Einrichtung. Die Lagerwachen unterzogen sich mit wahrer Leidenschaft dem schändlichen Werk, die wehrlosen Gefangenen bestialisch zu mißhandeln. Jeder kam schließlich einmal dran. Zu den Opfern gehörte auch der bekannte sozialdemokratische Rechtsanwalt Frank aus Dortmund, dem diese „Sozialisten“ sein ständiges Eintreten für die Arbeiter zum besonderen Vorwurf machten.

Dem Maurer Steenberg wurde als Grund für seine Verprügelung, als er seine dänische Staatsbürgerschaft hervorhob, eben sein Dänentum angegeben.

Darüber erzählt Steenberg noch weiter: „Am 16. April morgens 7 Uhr meldete ich mich bei dem Wachhabenden und bat, mit dem Kommandanten sprechen zu dürfen. Auf die Frage, was ich wollte, erklärte ich, daß ich Däne bin. „Bist Du Däne“ sagte der Wachposten und schlug mich mit aller Kraft mit einem Knüttel ins Gesicht, wobei er mich einen Schwindler nannte. Damit war das „Gespräch“ beendet. Aber nachmittags kam ein Inspizierender auf mich zu und fragte, ob ich es wäre, der behaupte, Däne zu sein. Als ich das bejahte, erklärte er, „das wollen wir untersuchen, Du Schwindler, das sage ich Dir!“

Es folgten weitere Prügel, schließlich aber gelang es dem Maurer Steenberg doch, das zuständige dänische Konsulat zu verständigen und durch dessen Bemühungen wurde er befreit.

## Konzentrationslager wird ausgebaut

Das Konzentrationslager in Oranienburg bei Berlin, wird, wie die „Börsenzeitung“ berichtet, nunmehr nach der Verstaatlichung erheblich ausgebaut werden, so daß nach dem

## Bürgertum schnappt nach Luft

### Das Ende aller Parteien angekündigt

Täglich werden deutschnationale Organisationen, Gruppen des Stahlhelms aufgelöst. Auch persönliche Verfolgungen von Deutschnationalen und Stahlhelmführern sind an der Tagesordnung. Daß es sich dabei nicht um Ausschreitungen untergeordneter Organe handelt, sondern um Teile eines allgemeinen Planes, hat Goebbels in seiner Hamburger Rede ausdrücklich zugestanden. Er erklärte, daß die NSDAP, allmählich alle anderen Parteien aufsaugt und daß schon jetzt keine Rede mehr sein könne von einem Deutschland außerhalb der NSDAP. Sie sei das Stahlgerippe des Staates, das schon jetzt feststünde.

Eine ähnliche Ankündigung liegt von Kube vor, der nach einer besonderen Kampfansage gegen die Deutschnationalen schreibt:

„Je schneller die Reste des alten Parteilebens aus Deutschland verschwinden, umso besser sei es für unser deutsches Vaterland. Es sei ein unmöglicher Zustand, daß es neben Hitlers Willen irgendwelchen Sonderwillen parteipolitischer Art gebe. Mit der Zerrissenheit der letzten vierzehn Jahre müsse bis zur letzten Konsequenz Schluß gemacht werden. Diese Konsequenz muß nach der Auffassung des nationalsozialistischen Oberpräsidenten auch das Zentrum ziehen. Er schreibt: „Auch das Zentrum müsse einsehen, daß es auf die Dauer als Partei nicht weiterbestehen könne. Das Schicksal, das der große Staatsmann Mussolini den Popolari bereitet habe, werde das Hitler-Deutschland dem Zentrum auch bereiten. Infamer als Brüning habe in den letzten vierzehn Jahren kein Mensch die NSDAP, beschimpft. In der parlamentarischen Demokratie habe das Zentrum das berüchtigte Zünglein an der Waage bilden können. „Es

Abschluß der Arbeiten für 1500 Häftlinge Raum sein wird.

## Mierendorf wurde mißhandelt

Vor einigen Tagen dementierte die hessische Regierung auf das energischste eine Schweizer Meldung über Mißhandlungen des Gen. Dr. Mierendorf. Inzwischen ist erwiesen, daß die hessische Regierung gelogen hat. Mierendorf wurde, wie die „Wiener Arbeiterzeitung“ berichtet wird, nach seiner Verhaftung ins Polizeipräsidium von Frankfurt am Main eingeliefert. Da sich herausstellte, daß nichts gegen ihn vorlag, sollte er auf ausdrückliche Anordnung des nationalsozialistischen Polizeipräsidenten enthaftet werden. Die SS., die das erfuhr, drang mit einem Rollkommando in das Polizeipräsidium ein, entriß Mierendorf den Polizeibeamten, die ihn schützen wollten, und entführte ihn nach Darmstadt. Schon auf dem Wege wurde er schwer mißhandelt. In Darmstadt schleppten ihn die SS-Leute durch die Straßen, wobei sie die Menge aufhetzten, mit Mierendorf „abzurechnen“. Die Folge war, daß der kriegsbeschädigte Mann durch einige Straßenzüge Spießruten laufen mußte. Er wurde geschlagen, mit Steinen beworfen und bespuckt.

Sowohl der hessische Ministerpräsident als auch der Polizeipräsident von Darmstadt wurden von diesen Vorfällen sofort verständigt. Sie weigerten sich aber, gegen die unmenschlichen Vorfälle einzuschreiten. Arbeiter, die Mierendorf zu Hilfe eilen wollten, wurden von der SS. mißhandelt und mit dem Konzentrationslager bedroht.

## Stadtverordnete werden verprügelt

In der Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt am Main blieben die Sozialdemokraten sitzen, als über einen Nazi-Antrag abgestimmt wurde, den Hinterbliebenen von Erschossenen SA-Leuten eine Rente von 70 Mark monatlich auszusetzen und eine Straße zu Ehren des einen Erschossenen umzubenennen. Dieselbe Haltung nahmen die Staatspartei und ein Teil der Zentrumsfraktion ein. Die Sozialdemokraten wurden aufgefordert, unverzüglich den Saal zu verlassen. Die „Frankfurter Zeitung“ fügt hinzu: „Als die Sozialdemokraten dieser Aufforderung nicht sofort Folge leisteten, erhoben sich die Nationalsozialisten und drangen auf die Sozialdemokraten ein. In dem entstehenden Handgemenge behielten die Nationalsozialisten die Oberhand und es gelang ihnen in kurzer Zeit, die Sozialdemo-

kraten aus dem Saal zu drängen. Die Tribünenbesucher begleiteten den Zwischenfall mit erregten Rufen und Beifallskundgebungen.“

## Katholischer Pfarrer überfallen

In der Pfalz hat sich, wie die nationalsozialistische „Rheinfront“ berichtet, eine Reihe von aufsehenerregenden Vorkommnissen abgespielt, bei denen es sich um katholische Geistliche handelt.

In Landau wurde auf Veranlassung des Bezirkskommisars eine nichtangemeldete Versammlung katholischer Geistlicher durch die Polizei aufgelöst.

Am gleichen Tag wurde der katholische Pfarrer Nachtigall aus Burrweiler „wegen Lächerlichmachung der nationalsozialistischen Bewegung“ und ihrer Symbole in Schutzhaft genommen.

Ein schwerer Konflikt liegt einige Tage zurück.

Am Samstag gegen 11 Uhr abends hatte sich eine „erregte Volksmenge“ vor dem Pfarrhaus in Imsweiler angesammelt, die unter Rufen wie „Schuft, Hetzer, Volksverräter, Landesverräter“ usw. versuchte, den Geistlichen aus dem Pfarrhaus herauszubekommen. Man hatte bereits die Fenster, die Türen und einen Teil der Möbel demoliert, als der eiligst herbeigerufene Bezirksbeauftragte, Standartenführer Baum, ankam. Es gelang ihm, „den Pfarrer Mathels vor der erregten Menge in Schutzhaft zu nehmen“. Trotz des Einsatzes von 25 SA-Männern konnte er nicht verhindern, daß der Pfarrer blutig geschlagen wurde. Auch der Standartenführer Baum und sein Adjutant wurden von der Menge tätlich angegriffen, wobei Baum verletzt und sein Auto beschädigt wurde. Nach Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe wurde Pfarrer Mathels in das Amtsgerichtsgefängnis von Rockenhausen eingeliefert.

## Juden heraus!

Tausende jüdischer Rechtsanwälte sind durch die Arierbestimmungen von der Ausübung ihres Berufes ausgeschlossen worden. Aber auch die zugelassenen Anwälte jüdischer Konfession werden durch organisierte Ausbrüche des „Volkswillens“ aus den Gerichtssälen hinausgejagt, weil die Nazi-Anwälte beweisen wollen, daß die jetzigen Bestimmungen über die Zulassung unhaltbar sind. Das Duisburger Naziblatt, die „Duisburger Nationalzeitung“, enthält darüber folgenden für sich selbst sprechenden Bericht:

„Kaum war es bekannt geworden, daß die zur Amtsführung zugelassenen jüdischen Rechtsanwälte ihre Tätigkeit am Duisburger Amts- und Landgericht aufnehmen würden, als sich auch schon vor den Zugängen des Gerichts sehr erregte Menschenmassen ansammelten, die ihrem Unwillen über das Wiedererscheinen der Juden lauten Ausdruck verliehen. Gegen 10 Uhr drangen die Demonstranten in das Gebäude und durchzogen die Korridore mit lauten Protestrufen: „Juden heraus!“ Verschiedene Anwälte jüdischer Abstammung zogen es vor, freiwillig und fluchtartig das Gebäude durch den Keller zu verlassen. Einzelne Rechtsanwälte wurden durch die Menschenmassen aus dem Sitzungssaal gefegt. Dem Eingreifen des Pp. Rechtsanwalt Dr. Winkler gelang es, jede Gewalttat zu vermeiden. Er brachte persönlich den auch mit Wissen und Willen der Nationalsozialistischen Juristenbundes bei den Duisburger Gerichten — dem Prozentsatz der jüdischen Bevölkerung im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung entsprechend — zugelassenen jüdischen Anwalt Cohn aus Ruhrort unter sicherer Bedeckung aus dem Gebäude heraus, worauf die Menge, nachdem sie sich überzeugt hatte, daß in keinem der Sitzungssäle ein Jude mehr amtiert, sich ruhig und geordnet zurückzog. Der Vorgang ist ein Beweis dafür, daß die Anordnung des Reichsjustizministeriums dem Volkswillen, der sich die Erfolge der nationalen Revolution nicht in das Gegenteil verkehren lassen will, nicht entspricht.“

## Deutsche Freiheit!

### Ein neues Kampfblatt der Sozialdemokratie.

Im Verlage der Volksstimme Saarbrücken ist am 20. Juni eine neue Tageszeitung erschienen, die den Titel trägt: „Deutsche Freiheit“. Sie wird die einzige unabhängige Tageszeitung sein, die künftig auf deutschem Boden erscheint. Ihre Aufgabe ist, die antifaschistischen Kräfte innerhalb und außerhalb des Reiches zu sammeln und den Kampf um die Freiheit Deutschlands und des deutschen Volkes insbesondere von seinen inneren Bedrückern energisch zu führen. Wir wünschen dem neuen Blatt, das auf heißgekämpften Boden erscheint, bei seiner schweren, aber großen Aufgabe den besten Erfolg.